

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



4 / 2005

Nach den Bundestagswahlen:

Auslaufmodell Volkspartei?

Das Thema Volksparteien stand unmittelbar nach der vorgezogenen Wahl im Mittelpunkt einer Tagung und bekam nicht zuletzt durch das bekannte Ergebnis größte Aktualität. „Die Volksparteien sind nicht am Ende, aber sie sind angekratzt“, so lautete das Fazit des Berliner Parteienforschers Oskar Niedermayer.



Staatsminister Erwin Huber:
Chancen der Informationsge-
sellschaft nutzen.

Foto: Schröder

Die Zukunft der Informationsgesellschaft

Digitalisierung, Virtualisierung, Miniaturisierung und Vernetzung – das sind die Kennzeichen der modernen Informationsgesellschaft. Eine gemeinsame Fachtagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing wollte einen Blick in die Zukunft der „schönen, neuen virtuellen Welt“ werfen und hatte Politiker, Wissenschaftler und Experten aus der Wirtschaft zum Gedankenaustausch an den Starnberger See geladen. Die Herausforderungen, Chancen und Risiken einer zunehmend globalisierten Informationsgesellschaft wurden unter grundsätzlichen und speziellen Aspekten diskutiert.

Siehe Seite 9

Oberreuter bleibt Akademiedirektor

„Für den Freistaat Bayern ist es ein Glücksfall, einen Gelehrten von hohem Rang an der Spitze der Akademie für Politische Bildung Tutzing zu wissen, der seine großen praktischen Erfahrungen und theoretischen Erkenntnisse, seine ausgezeichneten Kontakte und sein herausragendes Ansehen bereitwillig in den Dienst der politischen Bildungsarbeit stellt.“ Dies sagte Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider anlässlich der Überreichung der Ernennungsurkunde für Heinrich Oberreuters dritte Amtszeit als Akademiedirektor.

Dazu unser Interview auf Seite 30



Zeichnung: Liebermann

Auf der Suche nach humaner Wirtschaftsordnung

Die von Franz Müntefering angeschnittene Debatte über die „Heuschrecken“ im Kapitalismus bot einen aktuellen Anlass für diese Fachtagung. Hat die Wirtschaftsordnung in Deutschland den Anspruch, Menschenwürde zu gewährleisten und zu ge-

stalten, verloren? Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutierten, ob Fairness in der Arbeitswelt, Berufsethik und Sinnerfüllung durch Arbeit weiterhin gewährleistet sind.

Siehe Seite 18

Inhaltsverzeichnis

Seite

Nach der Bundestagswahl:

Sind die Volksparteien am Ende? 3

Parteien ohne Jugend – ohne Zukunft? 7

Schöne, neue virtuelle Welt 9

Wenn Gutenberg online geht... 13

Flucht aus Deutschland? 14

Humane Leitbilder für die Wirtschaftsordnung 18

50 Jahre Bundeswehr:

Eine Armee im Wandel 20

Transatlantische Kontaktpflege 21

Aktivposten der Gesellschaft 22

Für Chancengleichheit – gegen Diskriminierung 25

Islamischer Terrorismus:

Ursachen – Akteure – Bekämpfungsstrategien 26

Großmacht China 28

**„Der Rationalität in der Politik
mehr Unterstützung geben“** 30

Neu im Kollegium:

Marathonläufer mit Leidenschaft für Italien 32

Internationale Erfahrung nutzbar machen 33

Unaufdringlicher und kompetenter Ratgeber 34

Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen 35

Pressespiegel 38

Themen – Tagungen – Termine 40

Namen und Nachrichten 44

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Saskia **Hieber**, M.A.

Internationale Politik

Stefan **Köppl**, M.A.

Pers. Referent des Direktors

Parlamentarismus- und Parteienforschung

PD Dr. Michael **Piazolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**, M.A.

Politische Ethik, Grundwerte

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH

Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Sind die Volksparteien am Ende?

Vertrauenskrisen, rückläufige Parteibindungen und neue Konfliktlinien in der Gesellschaft verändern die politische Landschaft

„Die Volksparteien sind nicht am Ende, aber sie sind angekratzt“, so lautet das Fazit des Berliner Parteienforschers Oskar Niedermayer fünf Tage nach der Bundestagswahl. Das Thema Volksparteien stand unmittelbar nach der vorgezogenen Wahl im Mittelpunkt einer Tagung* und bekam nicht zuletzt durch das bekannte Ergebnis größte Aktualität.

Zur Eröffnung des Programms hatte Kultusstaatssekretär Karl Freller in einem durch die Aktualität geprägten, parteipolitisch-akzentuierten Grußwort bedauert, dass die bürgerlichen Parteien nun ohne Mehrheit seien. Die Unionsparteien hätten sich bereits als Sieger gesehen und die rot-grüne Regierung zu wenig angegriffen. „Im Gefühl der Siegesgewissheit haben wir einen zu ehrlichen Wahlkampf geführt. Und der Ehrliche ist offenbar der Dumme!“ sagte Freller. Er haderte auch mit der wachsenden Zahl von Kurzsentschlossenen, die ihre Wahlentscheidung erst kurz vor der Wahl treffen. „Diese Leute sind schlechter informiert und lassen sich von aktuellen Stimmungen und Umfragen treiben“. Freller sah angesichts der großen programmatischen Gegensätze keine Chance für die so genannte „Jamaika-Koalition“ und meinte, es laufe auf eine Große Koalition von Union und SPD hinaus.

Bei der Fehleranalyse der Unionsparteien konnte ihm der Politikwissenschaftler Niedermayer zum Teil zustimmen: er sah die Hauptprobleme für CDU/CSU in der Mehrwertsteuerdiskussion, dem Streit um das Steuerkonzept von Kirchhof und schließlich auch die Äußerungen von Edmund Stoiber und Jörg Schönbohm über die Menschen in den neuen Bundesländern. „Zum ersten Mal in der Geschichte der

deutschen Wahlkämpfe ist es zu einem Rollentausch gekommen: die Oppositionsparteien argumentierten wie die zukünftige Regierungskoalition und die Regierungspartei SPD kämpfte defensiv wie aus der Opposition heraus.“



Kultusstaatssekretär Karl Freller: „Uninformierte Kurzsentschlossene entscheiden die Wahl.“

Fotos: ms/hamar

Nicht mehr repräsentativ

Gemessen am Wählerzuspruch könne regional nur noch die CSU mit 49 Prozent als Volkspartei gelten. Besondere Probleme habe die SPD im Osten generell und die CDU vor allem in Bran-

denburg. Die Zahl der Mitglieder sei in allen Parteien stark rückläufig (siehe Graphik). Die beste Rekrutierungsfähigkeit habe noch die CSU mit 1,8 Prozent, SPD und CDU liegen bei 1,0 bzw. 1,1 Prozent der Bevölkerung. Es gebe dramatische Unterschiede zwischen den Ländern: im Saarland sei es am besten, in allen neuen Bundesländern am schlechtesten.



Parteienforscher Oskar Niedermayer erklärt den mangelnden Zuspruch für die Volksparteien mit dem scheinbar unlösbaren Problem der Druck in der Gesellschaft.

Die Parteien bieten längst kein repräsentatives Abbild der Gesellschaft mehr: Arbeiter sind überall unterrepräsentiert, der Öffentliche Dienst in allen Parteien überrepräsentiert. Auch Frauen sind immer noch in allen Parteien nicht gemäß ihrem Bevölkerungsanteil vertreten. Lediglich Katholiken sind in der Union stärker vertreten als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. ▶

*Die Tagung „Volksparteien am Ende?“ wurde durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Fachgruppe Geschichte/Sozialkunde Oberbayern des Bayerischen Philologenverbands

Der Rückgang bei den jüngeren Parteimitgliedern (unter 30) ist in allen Parteien dramatisch, besonders trifft es hier die SPD. Dagegen ist die PDS eine überalterte Partei. Der Befund, dass die formal Höhergebildeten in allen Parteien überrepräsentiert sind, Hauptschüler dagegen schwach vertreten sind, überrascht ebenso wenig.

Den mangelnden Zuspruch der Volksparteien erklärt der Berliner Parteienforscher Niedermayer mit dem immer größer werdenden Problemdruck, der in den Augen der Öffentlichkeit von den Volksparteien nicht zufrieden stellend gelöst werden kann: Hier sind zu nennen die Stichworte: Globalisierung, Arbeitsmarkt, die Finanzierung und Vollendung der deutschen Einheit sowie die Zukunftsprobleme des Sozialstaats.

Mehr Plebiszite als Ausweg

Auch der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker sieht Krisensymptome des Parteienstaats und gestörte Beziehungen zwischen Parteien und dem Wahlvolk. Ursachen erkennt er in der Pluralisierung der Gesellschaft, in sich wandelnden Lebensstilen und neuen Konfliktlinien in der Gesellschaft,

die nicht mehr entlang altbekannter Klassengegensätze verlaufen. Er kritisiert, dass Politik immer mehr auf symbolische Politikdarstellung ausweicht und nach den Gesetzen der Mediendemokratie auf Personalisie-



Wahlforscher Dieter Roth: „Der Union und der SPD gehen klassische Wählergruppen verloren.“

rung und Inszenierung setzt. Decker forderte Führungsfähigkeit und eine Rückbesinnung auf die programmatische Funktion der Parteien, die heute wichtiger sei denn je. Neben den Strukturproblemen des deutschen Regierungssystems und der zunehmenden Zahl von Akteuren und der Verrechtlichung des Politischen benennt der

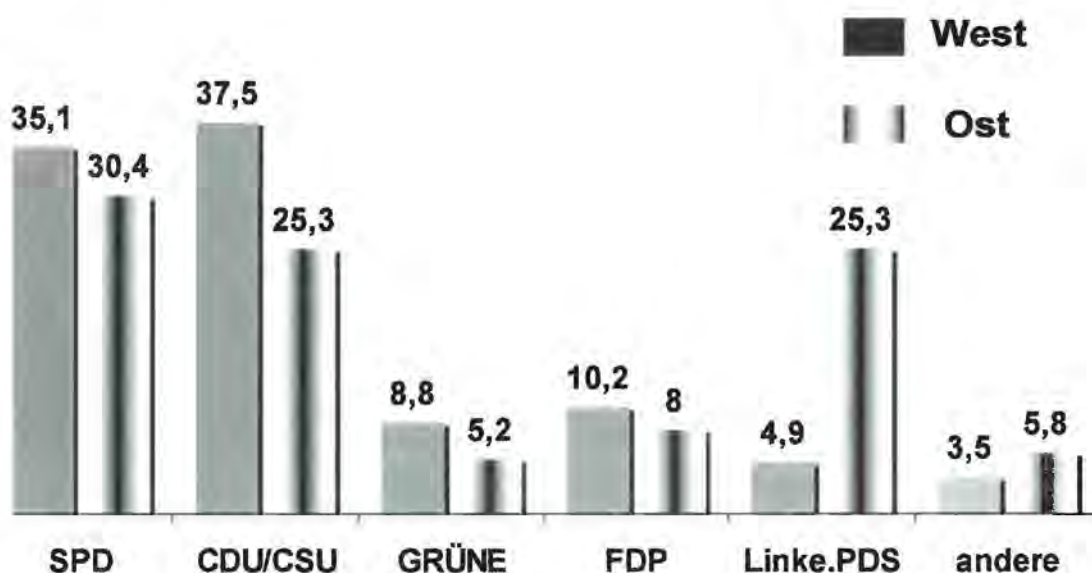
Bonner Politikwissenschaftler „den permanenten plebiszitären Belagerungszustand durch die omnipräsenten Medien“ als die Hauptursache der gegenwärtigen Vertrauens- und Legitimationskrise der Parteien. Bei der Suche nach Auswegen setzt Decker nicht auf die Parteien: „Die entmachten sich nicht selbst.“ Die „Erprobung von neuen Formaten“ im politischen Kräftespiel sieht er weitgehend versperrt. Mehr verspricht er sich von der Einführung von plebiszitären Elementen auf der Bundesebene als Gegenwicht zu den Auswüchsen des Parteienstaats.

Partei vor Kandidat

Wahlforscher Dieter Roth sieht auch in diesem Wahlergebnis wieder Belege für eine Ost-West- und Nord-Süd-Teilung der Wähler. Die Aufholjagd der SPD in den letzten Wochen vor der Wahl unter Kanzler Schröder sei ein normales Phänomen, das immer so zu beobachten sei. Heute seien 35 Prozent der Wähler ohne Parteiidentifikation, vor 30 Jahren waren es nur 15 Prozent. Diese ungebundene Gruppe entscheidet sich immer später.

Die Wahlentscheidung setzt sich nach Roth zusammen aus Sachthemen, den Kandidaten und der Parteiidentifikation.

Ergebnis in % 2005 in West und Ost



Ergebnis der Bundestagswahl 2005

Vorläufiges amtliches Endergebnis, Zweitstimmenanteil in Prozent,
Wahlbeteiligung 77,7% (2002: 79,1%)

Ergebnis in %		Gewinne u. Verluste in %	
SPD	34,2	SPD	-4,3
CDU/CSU	35,2	CDU/CSU	-3,3
Grüne	8,1	Grüne	-0,5
FDP	9,8	FDP	+2,4
Linke.PDS	8,7	Linke.PDS	+4,7
Sonstige	4,0	Sonstige	+1,0

tion. Die politische Stimmung habe sich seit Juli zugunsten der rot-grünen Regierung gebessert und kurz vor dem Wahltag praktisch einen Gleichstand erreicht. Die Wechselstimmung sei ausgeprägter gewesen als 2002, aber bei weitem nicht so stark wie 1998, als Kohl abgewählt wurde. Bei der Kanzlerpräferenz überholte Schröder Merkel Anfang Juli und gab die Führung seitdem nicht mehr ab. Für Angela Merkel gab es weder einen Ost- noch einen Frauen-Bonus: Schröder lag im Osten noch deutlicher vor ihr als im Westen (52 zu 41 im Westen, 57 zu 33 im Osten). Männer wie Frauen gleichermaßen bevorzugten Gerhard Schröder als Kanzler (Männer 54 zu 38, Frauen 51 gegenüber 40 für Merkel).

Auch wenn Roth zeigen konnte, dass Schröder seine Partei seit dem Juni 2005 beständig nach oben mitziehen konnte, wurde auch klar, dass sich fast zwei Drittel der Wähler bei Ihrer Entscheidung mehr von der Partei als vom Kandidaten leiten lassen. Abschließend resümierte Roth eine starke Wählerbewegung in den Gruppen der Arbeitslosen und bei Menschen mit ein-

fachen Bildungsabschlüssen, wovon vor allem Linkspartei und Rechte profitieren. Der Union und der SPD gehen nach Ansicht des Wahlforschers klassische Wählergruppen verloren.



Sorgen um die Zukunftsfähigkeit der Parteien: Heinrich Oberreuter

Insgesamt sei die Gesellschaft gespalten in ein linkes und ein bürgerliches Lager.

Amerikanisierungstendenzen im Parteiensystem mochte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter nicht erkennen, wohl aber in der äußeren Form des

Wahlkampfs. Folgende Tendenzen sprechen dafür: der Kandidat und die Führung werden wichtiger als die Partei, die Kampagnen seien professionell von außerhalb der Parteizentralen gesteuert, wissenschaftliche Studien bilden die Grundlage, der Wahlkampf konzentriert sich auf die elektronischen Medien und es gebe immer mehr eine direkte Ansprache der Wähler. Ferner nehme die Inszenierung zu und es gebe ein professionelles Themen- und Ereignismanagement.

Sorgen machte sich Oberreuter um die Zukunftsfähigkeit der Parteien: der Wertewandel, die zunehmende Individualisierung, die Erosion klassischer sozialer Milieus sowie zunehmend kurzfristige und flüchtige Lebensstile stehen den Anforderungen des Parteienstaats entgegen. Auch Oberreuter sieht Probleme in der Medienlandschaft: „Die politische Agenda ist zu seriös für die Mediendemokratie. Politikvermittlung und Fernsehdemokratie passen nicht zusammen!“ Die permanente Show der elektronischen Medien unterwirft sich die Politik und die Parteien wiederum instrumentalisieren die Medien für ihre Zwecke. Es

sei ein Fehler, allein auf Visualisierung und Personalisierung in den Medien zu setzen. Man dürfe nicht nur die Bühne des Nationaltheaters bespielen, Politiker dürften die dahinter liegende Arbeitsbühne nicht vergessen.

Oberreuter sieht die Erosion der Parteibindungen und weitere Differenzierungstendenzen in der Gesellschaft noch nicht an ihrem Ende. Insbesondere in der aktuellen Situation müssten die großen Volksparteien ihre Verantwortung wahrnehmen und eine Große Koalition bilden: „Eine instabile Minderheitsregierung provoziert die Extremen von links und rechts und der ohnehin schon massive Vertrauensverlust in die politische Führung würde weiter wachsen.“

Die Medien, insbesondere das Fernsehen, hatten sich bis dahin schon wie ein roter Faden durch zahlreiche Diskussionen und Beiträge gezogen. So war es gut, dass mit dem Medienforscher Christian Schicha von der Universität Marburg und Klemens Mosmann, dem Redaktionsleiter des ZDF-Polit-Talks „Berlin-Mitte“, zwei Experten zu diesem Thema eingeladen worden waren.

Konfrontation statt Verständigung

Schicha, der viele empirische Forschungen* über Talkshows publiziert hat, kritisierte das „Politainment“, bei dem häufig Prominenz und Selbstdarstellung vor Kompetenz gingen. Er sieht, dass eher Konfrontation statt Verständigung im Vordergrund steht und der Zuschauer als Adressat wohl eher mit Unterhaltung als mit Information im Quotenwettkampf angelockt werden soll. Schicha forderte bei der Gästewahl mehr Kompetenz statt Prominenz und eine klarere Strukturierung und Verständlichkeit der Sendungen.

Für Klemens Mosmann ist seine Sendung mit der Moderatorin Maybrit Illner eine ständige „Baustelle“, die Veränderungen unterliegt. Mit durch-

schnittlich 2,7 Millionen Zuschauern und einem Marktanteil von 15 Prozent am Donnerstag um 22.15 Uhr gehört „Berlin-Mitte“ nach „Sabine Christiansen“ zu den erfolgreichsten politischen Talkshows im Fernsehen. Man müsse dem Versuch der Themeninsze-



Klemens Mosmann leitet mit „Berlin-Mitte“ eine der erfolgreichsten politischen Talkshows.

nierung durch die Parteien entgegen treten, sagte Mosmann, aber natürlich gebe es „Muss-Themen“, an denen die Redaktion nicht vorbei gehen kann.

Mit den Spezialitäten der ostdeutschen Wähler- und Parteienlandschaft setzte sich Werner Patzelt von der TU Dresden auseinander und stellte zunächst klar, dass er die DVU/NPD sehr wohl, die PDS/Linkspartei aber nicht zu den Extremen zählt: „Die PDS hat viel Radikalismus, aber wenig echten Extremismus. Sie ist keine extremistische Partei.“ Auch er ging auf die Unterschiede zwischen dem östlichen und dem westlichen Ergebnis der Bundestagswahl ein: „Im Osten wählen 55 Prozent links und nur 33 Prozent bürgerlich. Es ist ein anderes Wahlgebiet mit einer anderen politischen Kultur.“ Im Osten würde vor allem gegen etwas gewählt. Gleichheit gelte mehr als Freiheit – was im übrigen eine ganz normale Einstellung in postkommunistischen Gesellschaften sei. Der Staat habe einen höheren Stellenwert, die Selbstverantwortung einen niedrigeren. Und schließlich sei die Akzeptanz

von und das Vertrauen in Demokratie niedriger als im Westen. Die PDS werde durchaus als staatstragende Partei angesehen.

Die Folgen für Gesamtdeutschland sieht der Dresdner Politikwissenschaftler in einer dauerhaften strukturellen linken Mehrheit und in einer grundlegenden Spaltung zwischen dem Nor-



Werner Patzelt: „Das Abenteuer Wiedervereinigung hat spürbare Folgen.“

den und Osten auf der einen und dem Süden auf der anderen Seite. „Die Linkspartei/PDS wird eine nennenswerte politische Kraft in Deutschland bleiben.“ Größere Gefahren sieht er allerdings von Rechts, weil: „Die wollen eine andere Republik.“ Das Abenteuer Wiedervereinigung hätte nun einmal spürbare Folgen, die man aushalten und austreten müsse: „Die Leitgedanken der westlichen politischen Kultur müssen im Osten weiter implantiert werden.“

Die Zuhörer waren sich in der Diskussion einig, dass damit eine immerwährende Aufgabe für die politische Bildung nicht nur in Ostdeutschland beschrieben wurde. ■

Michael Schröder

*www.schicha.net

Parteien ohne Jugend – ohne Zukunft?

Einen „Exodus mehrerer Jugendgenerationen, die mit Parteipolitik nichts zu tun haben wollen“, konstatierte zu Beginn der Schlussdebatte der Augsburger Politikwissenschaftler Hans-Otto Mühleisen (siehe Graphik). Der Anteil der unter 29-Jährigen Parteimitglieder lag 2003 bei der SPD bei 4,6 Prozent, bei der CSU bei 5,4 Prozent und bei der CDU bei 5,9 Prozent. Ausnahmen machen nur FDP (11,7 Prozent) und Grüne mit 10,4 Prozent. Offenbar passe das Parteileben mit seiner Disziplin und Hinterzimmeratmosphäre nicht zu den modernen Lebensstilen und Streitkultur. Ein neues Verständnis der Parteien für Mitgliedschaft wäre nötig. Es gebe einen spezifischen Vertrauensverlust der Jugend: Glaubwürdigkeit und Vorbilder gingen verloren.

Drei junge Parlamentarier von SPD, CSU und Grünen setzten sich mit den Thesen Mühleisens auseinander: Florian Pronold, 33 Jahre alt, Rechtsanwalt und seit 2002 niederbayerischer Bundestagsabgeordneter, der sich immer wieder als „Kanzlerkritiker“ in



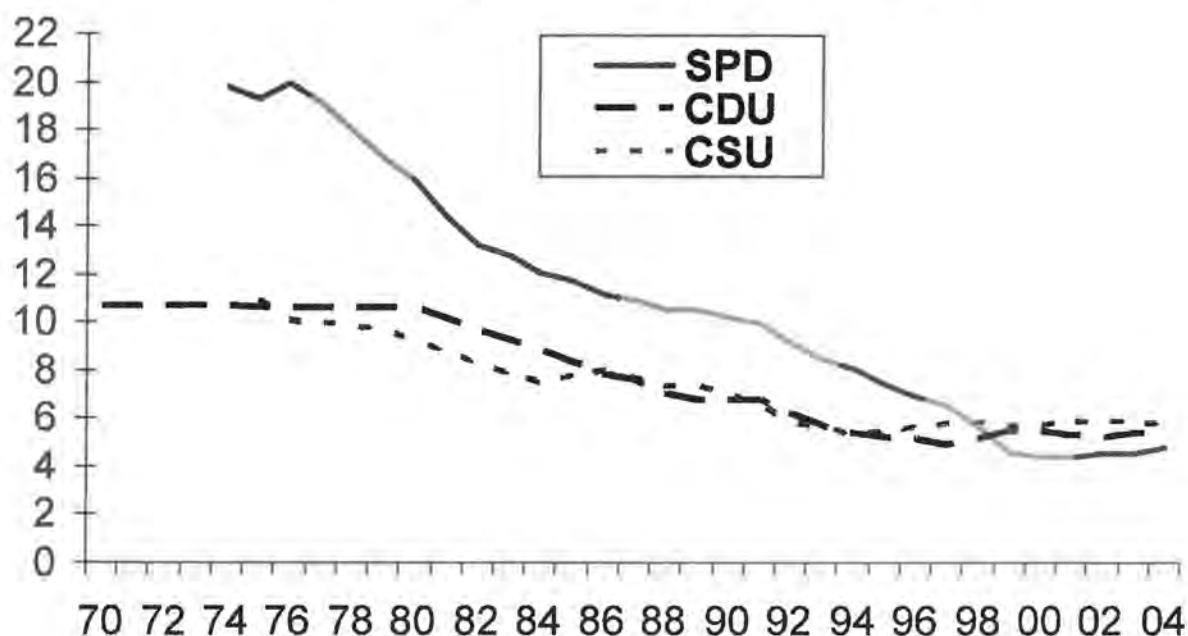
Hans-Otto Mühleisen: „Parteidisziplin passt nicht zum jungen Lebensstil.“

der Öffentlichkeit profiliert, betonte die Notwendigkeit einer langen „Ochsentour“ durch die Gremien: bei ihm waren es 18 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit, nachdem familiäre Vorbilder und die Bürgerbewegung gegen das Atomlager Wackersdorf ihn geprägt hatten. „Vorurteile über Politik kann man am besten selbst durch persönli-

che Erfahrungen korrigieren.“ Er praktiziert das Bild vom „gläsernen Abgeordneten“; er stellt seine Steuererklärung und Nebeneinkünfte ins Internet (<http://www.florian-pronold.de>). Er kritisierte das häufige Verlangen der Medien nach „30-Sekunden-Schnipseln“, in denen man keine vernünftigen und differenzierten Aussagen machen könne. Erfreut zeigte er sich über den inhaltsreichen Wahlkampf 2005.

Georg Eisenreich (35) ist auch Rechtsanwalt und seit 2003 CSU-Landtagsabgeordneter in der Münchner Altstadt. Auch er beschwört die Notwendigkeit der „Ochsentour“ und nennt politische Vorbilder aus der Familie. Er ist zufrieden mit der Repräsentation der Jüngeren in der CSU: von den 44 neuen Stimmkreisabgeordneten im Bundestag sind 10 unter 35, im Landtag sind es 7 der 124 CSU-Parlamentarier. Das Landtagswahlrecht, das den Bürgern viel Einflussmöglichkeiten auf die Kandidatenliste der Parteien gibt, erschwere Jüngeren den Einzug ins Parlament.

Anteil jüngerer Mitglieder (bis 29/30 J.) seit 1970



Next Generation

Der grüne Landtagsabgeordnete und Lehrer Thomas Mütze ist mit 39 Jahren der Jüngste seiner Fraktion; eine Tatsache, die ihn nicht zufrieden stellt. Der Einzug ins Parlament eines erst 22 Jahre alten Grünen-Kandidaten in München wurde durch die zahlreichen Oberbayern-Stimmen der populären Ex-Schauspielerin Barbara Rütting (76)

Jusos verweisen, gesteht aber auch zu, dass es „wohl zuviel Hinterzimmer und zuwenig Feiern gibt.“ Außerdem sei die Kunst, junge Leute über Grillfeste und Disco hinaus an die politische Arbeit zu binden. Mitgliedschaft allein reiche eben nicht. „Und wer aktiv sein will, muss heute viel mehr können, zum Beispiel eine effektive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – auch im Internet – organisieren.“ Er verwies auf sein

Georg Eisenreich räumt zwar bei der Jungen Union auch Mitgliedsrückgänge ein (CSU-Mitglieder sind nicht automatisch JU-Mitglied): von 1989 bis heute sank die Zahl von 51 000 auf 33 000, aber eine Werbekampagne brachte jetzt 2500 neue Mitglieder.

Auf die Frage, wie politisches Interesse erhöht werden kann, meinte Pronold: „Mehr hin direkt zu den Leuten, um zum Beispiel kommunale Bürgerentscheide zu initiieren und den Gestaltungsspielraum der Politik deutlich zu machen.“ Eisenreich betonte den Charakter der CSU als Volkspartei: „Die Mehrheit der unter 30-Jährigen wählt CSU – wir sind eine Volkspartei, die CDU muss daran noch arbeiten.“ Für ihn sei der Schuldenabbau und die Entlastung künftiger Generationen die beste Jugendpolitik.



Thomas Mütze: mit 39 Jahren der Jüngste seiner Fraktion.



Florian Pronold praktiziert den „gläsernen Abgeordneten“.



Georg Eisenreich: „Schuldenabbau ist die beste Jugendpolitik.“

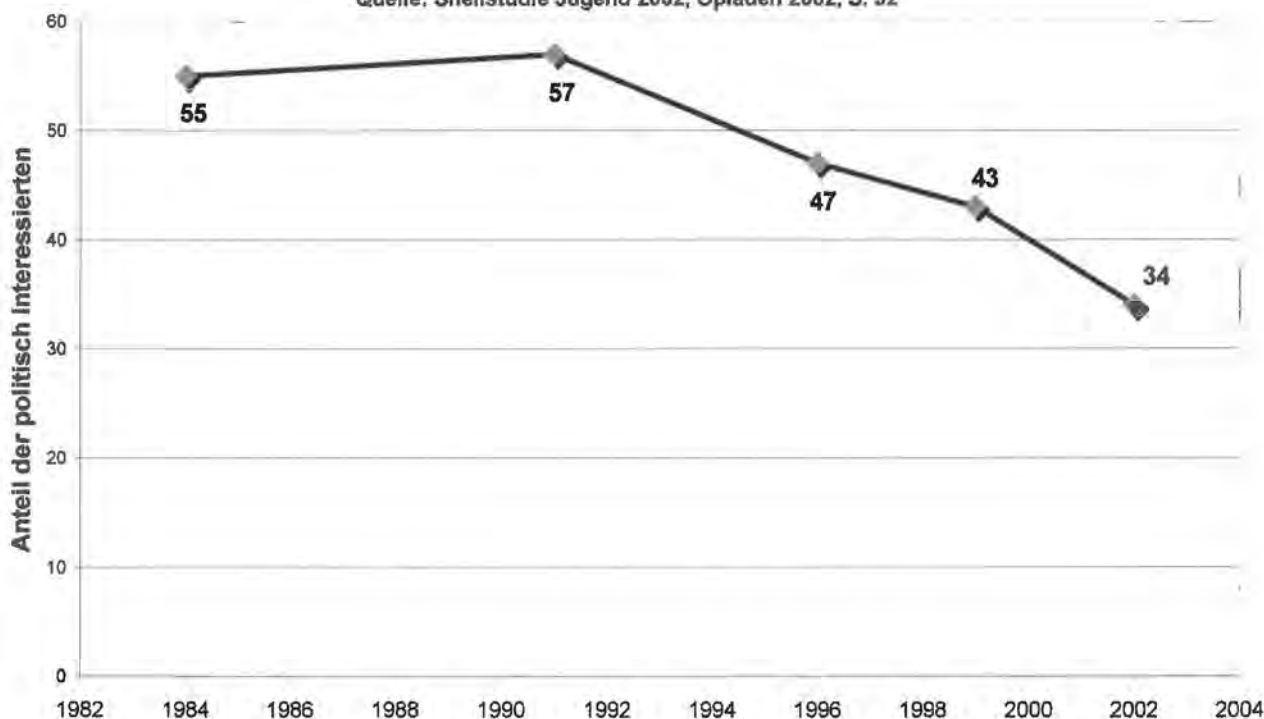
unterlaufen. Er sieht Probleme bei der grünen Nachwuchsförderung und muss gestehen: „Die Partei altert.“ Pronold kann immerhin auf einen Zuwachs bei den Mitgliederzahlen der bayerischen

Projekt „Next Generation“ in der BayernSPD, bei dem es darum ginge, die 25- bis 45-Jährigen für politische Aufgaben und Mandate fit zu machen.

Alle drei Abgeordneten betonten die Notwendigkeit eines erlernten Berufes, um unabhängig zu bleiben und jederzeit wieder aus der Politik aussteigen zu können. ■ ms

Politisches Interesse (15-24 Jahre)

Quelle: Shellstudie Jugend 2002, Opladen 2002, S. 92



Schöne, neue virtuelle Welt

Zukunftsaspekte der Informationsgesellschaft

Digitalisierung, Virtualisierung, Miniaturisierung und Vernetzung – das sind die Kennzeichen der Informationsgesellschaft, wie sie der Tübinger Physiker und Theologe Christian Berg sieht. Eine gemeinsame Fachtagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing wollte einen Blick in die Zukunft der „schönen, neuen virtuellen Welt“ werfen und hatte Politiker, Wissenschaftler und Experten aus der Wirtschaft zum Gedankenaustausch an den Starnberger See geladen. Unter der Leitung von Michael Schröder und Axel Schwanebeck wurden die Herausforderungen, Chancen und Risiken einer zunehmend globalisierten Informationsgesellschaft unter grundsätzlichen und speziellen Aspekten diskutiert.

Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel sieht das Bildungswesen des Freistaats gut gerüstet für die Herausforderungen der Zukunft. Die Informationstechnologie spiele in den Schulen eine zunehmende Rolle: „Die Zielvorgabe „1 PC für 15 Schüler“ sei erreicht, „aber“, so betonte Goppel,



Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel: „Das online-Studium ist keine Alternative zum hergebrachten Studium, aber eine sinnvolle Ergänzung.“

„Surfen ist noch kein Lernen!“ Bayerische Hochschulen seien Vorreiter im IT-Bereich mit einer hohen Absolvtenzanzahl und 20 neuen Lehrstühlen. Spitzenforschung mit Zugang zu modernsten Hochleistungsrechnern wie in Garching seien ein entscheidender Standortvorteil und Wettbewerbsfaktor.

Besonders hob Goppel den Stellenwert der „Virtuellen Hochschule Bayern (vhb)“ hervor. Alle bayerischen Hochschulen seien in diesem Verbund, der gut angenommen wird. Im vergangenen Wintersemester hätten sich mehr als 20 000 Studierende eingeschrieben, das sei eine Steigerung um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Derzeit würden 160 Kurse der ver-



Franz Josef Radermacher: „Digitale Gräben durchziehen die Welt.“

Fotos: Schröder

schiedensten Fachrichtungen angeboten. Das online-Studium sei keine Alternative zum hergebrachten Studium, aber eine sinnvolle Ergänzung. Das Internet-gestützte Lernen würde Kosten sparen und andererseits die digita-

le Kompetenz stärken. Die virtuelle Hochschule sei ein Ausweg aus den Sparzwängen: „Hörsäle werden leerer.“ Ein bis zwei Prozent der zukünftigen Studiengebühren wolle er für die vhb ausgeben.

Technologische Apartheid

Gegen die „naive Sicht der Vergangenheit, die Informationsgesellschaft ist das Allheilmittel für alle Probleme dieser Welt“, wandte sich der Ulmer Informatikprofessor und Wirtschaftswissenschaftler Franz Josef Radermacher. Mit Wissen werde Geld gemacht, aber dieses Wissen sei global ungerecht verteilt: „Digitale Gräben durchziehen die Welt.“ Die Menschheit stehe vor einer ungeheuer komplexen Aufgabe: die faire Einbindung aller Menschen in die weltweiten Wertschöpfungsnetze. Es gehe darum, den bisher Benachteiligten Zugänge in die globalen Netzwerke zu verschaffen. „Sie müssen die Knoten erobern, auf denen schon die anderen sitzen. Ohne diesen Eintritt in die Netzwerke gibt es keine Chance für eine gerechte Vollenwicklung.“

Aus der Sicht der US-Regierung sei das Demokratiedefizit das Hauptproblem. Radermacher sieht das anders: „100 Millionen Amerikaner wählen einen Präsidenten, aber 6,4 Milliarden Menschen müssen mit ihm leben.“ Die globalen Machtstrukturen seien schlimmer als das preußische Dreiklassen-Wahlrecht. Um die „technologische Apartheid“ zu überwinden, sei eine „ökosoziale Weltwirtschaftsordnung“ nötig, die sich gegen den alles beherrschenden Markt-Fundamentalismus durchsetzen müsse. Die Armut der Mehrheit dürfe nicht länger die Chance der Reichen sein. Dieser Aufholprozess sei am besten mit starken, aufgeklärten Führern von Autokratien zu organisieren: „Der Arme hat mit einer Demokratie keine Chance.“

Kommunikation und Vernetzung sieht Radermacher als einzige Chance, die-

sen Zustand herbeizuführen: „Wir brauchen eine neue Aufklärung und neue Qualität der Hirne, um dauernde Manipulation und Fehlinformation als Normalzustand zu überwinden.“ Der Ulmer Wissenschaftler streitet zusammen mit anderen in der „Global Marshall Plan Initiative“. Ziel ist es, weltweit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik für eine neue Ära der Zusammenarbeit zu gewinnen, die globale Sicherheit, Frieden und Wohlstand für alle Menschen auf dem Globus schafft.

12 000 Computerviren

Die gegenwärtigen Möglichkeiten und Zukunftsperspektiven des Internets beleuchtete Willfried Wienholt von der Siemens AG. Gegenwärtig gebe es eine Milliarde Nutzer weltweit mit einer jährlichen Wachstumsrate von 18 Prozent. Die Durchdringung dieses neuen Massenmediums sei noch nicht abgeschlossen. Besonders Asien und Afrika habe noch große Wachstumspotentiale. Ein immer größeres Problem sieht Wienholt in den global rund 12 000 Computerviren pro Jahr, die die Sicherheit des Netzes gefährden. Das Internet sei nicht nur als Unterhaltungsmedium im Kommen, sondern auch für den Wissensaustausch immer beliebter: so verzeichnet das international angelegte web-Lexikon Wikipedia weltweit eine Milliarde Zugriffe pro Tag. Und die erfolgreichste Internet-Suchmaschine Google machte im Jahr 2004 einen Umsatz von 3.200 Millionen Dollar.

Einen radikalen Blick in die Zukunft der Technik wagte Hermann Maurer, Informatiker an der TU Graz. Der PC des Jahres 2012 wird keine Festplatte, keinen Bildschirm und keine Tastatur mehr haben. Stattdessen erwartet uns ein kreditkartengrosser Chip im Terabyte-Bereich, der in der Jackentasche verstaut wird. Er kommuniziert drahtlos mit dem restlichen Zubehör, das am menschlichen Körper verteilt ist. Da gibt es dann die Brille mit eingebautem Lautsprecher am Ohr, einer Mini-Kamera zur Aufzeichnung von allem, was der Mensch sieht und ein Mini-Spiegel im Brillenglas, von wo aus die vom Chip gelieferten Informationen direkt auf die Netzhaut projiziert wer-

den. Ein auf dem Kehlkopf platziertes Mikrofon dient der Spracheingabe, ein Kopfband werde die Gehirnaktivität messen und die Dateneingabe mittels Gedanken ermöglichen.



Informatiker Hermann Maurer wagte einen radikalen Blick in die Zukunft der Technik.

Maurer, der auch Science-fiction-Romane schreibt („Xperten“), betonte, dass er sich diese Situation nicht wünsche, weil er sie zum Teil auch für gefährlich erachte. Die Technik ändert den Zugang zu Informationen und wie wir die Welt erleben. Der Computer wird zum Führer, Erläuterer und Assistenten. Es bestünde die reale Gefahr, dass große Strom- und Computernetze längere Zeit ausfielen. Cyberangriffe seien denkbar – je später, desto schlimmer, weil die Abhängigkeit von der Vernetzung ständig größer werde.

ist, Regionalisierung überall dort, wo sie möglich ist“, lautet das Credo des österreichischen Wissenschaftlers. Vor allem müssten Computernetze sicherer gemacht werden: „In einer sehr globalisierten und vernetzten Gesellschaft sind wir verletzbarer als für uns gut ist! Wir müssen sofort Gegenmaßnahmen ergreifen, um das Schlimmste zu verhindern.“



Der Tübinger Physiker und Theologe Christian Berg: „Das Dringliche dominiert das Wichtige.“

Digitale Spaltung

Der Tübinger Physiker und Theologe Christian Berg setzte mit seinem Vortrag Impulse für die Schlussdiskussion. Er lotete Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft aus und formulierte Herausforderungen für die

„In einer globalisierten und vernetzten Gesellschaft sind wir verletzbarer als für uns gut ist!“

Hermann Maurer

„Die Folgen eines massiven Ausfalls sind katastrophal!“ Um Gegenmaßnahmen zu ergreifen und die Wahrscheinlichkeit von terroristischen Anschlägen zu verringern, sei es nötig, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten auf diesem Globus abzubauen. Hier schloss sich der Kreis zu den Ausführungen von Franz-Josef Radermacher. „Globalisierung nur dort, wo sie sinnvoll

Politik. Für Berg kennzeichnet der Bedeutungsverlust von Faktenwissen die Informationsgesellschaft. Gleichzeitig gewinnt Orientierungswissen an Bedeutung in einer vernetzten Gesellschaft, die immer mehr „Knoten“ bekommt und einen globalen Charakter annimmt. Bei der politischen Gestaltung komme es darauf an, erkennbare Risiken zu minimieren. Dazu zählt

Berg die drohende digitale Spaltung nicht nur der nationalen Gesellschaften, sondern auch der globalen Welt: „Nicht jeder hat die gleichen Chancen, daran teilzuhaben.“ In dem Zusammenhang sei auch der westliche Kulturimperialismus ein Problem, das manche Chance zunichte mache. Ferner sei die Beschleunigung der Kommunikation nicht nur von Vorteil: „Das Dringliche dominiert das Wichtige.“ Soziale Spannungen, zunehmende Anonymität und Vereinsamung, Informationsüberflutung, Abbau der Persönlichkeitsrechte und des Datenschutzes sind weitere Minuspunkte.

Dem gegenüber stehen völlig neue Formen des gesellschaftlichen Engagements in NGO's wie „Ärzte ohne Grenzen“ oder „ATTAC“, die ohne Internet so nicht möglich wären. „Dies sind ideale Antworten auf die Gefahren der Globalisierung mit den Instrumenten der Globalisierung.“

In der Schlussdebatte unter Leitung von BR-Chefredakteur Sigmund Gottlieb konnte die Medienforscherin Maria Gerhards vom SWR einen empirisch gesicherten Blick in die Zukunft tun. Das Medienzeitbudget wird weiter zunehmen – und das auf hohem Niveau von derzeit 600 Minuten im Durchschnitt der Bevölkerung pro Tag: Medienzeit frisst Freizeit. Durch immer mehr „Nebeneinander-Nutzung“ wird sich auch die Aufmerksamkeit und Konzentration auf die Medien verändern. Sie prophezeite, dass das schnellere und aktuellere Internet die Tageszeitung weiter unter Druck setzen werde und sich als Informations- und Servicemedium verstärkt am Medienmarkt positionieren werde.

Bayerns „Medienminister“ Erwin Huber wandte sich gegen zu viel staatliche Reglementierung: „Chancen nutzen, Nutzen mehr und Risiken begrenzen.“ In der freien Gesellschaft entscheide der Einzelne, was er nutzt und was nicht. Wenn die Politik etwas

verhindere, sei das eine schwere Verantwortung gegenüber der jüngeren Generation, die er nicht auf sich laden wolle. Für ihn würden die Risiken dämonisiert und überspitzt – ein typisch deutsches Phänomen. Chancen würden nicht gesehen, dafür aber alle Risiken aufgetischt. Kulturelle und soziale Chancen müssten endlich in den Blick genommen werden.



Bayerns „Medienminister“ Erwin Huber: Kulturelle und soziale Chancen endlich in den Blick nehmen. Links: BR-Chefredakteur Sigmund Gottlieb

Nicht alle Freiheiten nutzen

Stefan Albat von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erwähnte, dass auf dem Zukunftsmarkt Informationstechnologie etwa 750 000 Beschäftigte tätig sind. Andererseits sei die ständige Erneuerung der Technik ein Kostenfaktor, der Risiken birgt: wer nicht auf der Höhe der Zeit ist und in diesen Bereich ständig investiert, wird schnell von der Entwicklung abgehängt. Und Unternehmer wie Arbeitnehmer müssten ständig neu trainieren, wie die größer werdende Informationsmenge optimal verarbeitet wird. Informationsmanagement – wie trenne ich die Spreu vom Weizen – habe einen immer höheren Stellenwert in den Betrieben. So habe allein die Informationsvermittlung des neuen Emissionshandels drei Jahre gebraucht.

Bayerns DGB-Chef Fritz Schösser betonte den „Unterschied zwischen reden und mitreden. Ich kann alles ins Netz stellen – ob mich einer hört oder liest, bleibt völlig offen.“ Die Möglichkeiten der globalen Kommunikation seien doch sehr unterschiedlich verteilt. Auch Schösser wandte sich wie Huber gegen Überregulierung, fragte aber gleichzeitig, welche Ge-

sellschaft uns die Computer bringen. Da sei politischer Regelungsbedarf nützlich und nötig. Als Beispiele nannte er die internationalen Geld- und Finanzströme, Datenschutz und Persönlichkeitsrechte bei Bewerbungen in Unternehmen. „Alle Freiheiten dieser neuen Medien darf man nicht nutzen.“

Christian Berg betonte die Grenzen des Wachstums – wie hart wird der ökonomische Aufprall sein, wenn zum Beispiel die Ölreserven zu Ende gehen? Gerade weil wir auf einem begrenzten Planeten leben, gibt es ungeheure Impulse für die Informationsgesellschaft. Die Arbeitswelt wird sich dahin entwickeln, dass in Zukunft so wenig Menschen in der Produktion arbeiten wie heute in der Landwirtschaft. Alle anderen sind arbeitslos oder im Dienstleistungssektor. Bildung und qualifizierte Ausbildung werde immer

wichtiger, eine Herausforderung die Erwin Huber für die Politik akzeptieren konnte. Aber Politik dürfe nicht der alles steuernde „Big Brother“ sein, der die Menschen vor allen Risiken schützen könne: „Ein neues Maß an Freiheit setzt auch ein gewisses Maß an Verantwortung voraus!“

DGB-Chef Schösser warnte vor einer Überbewertung der Dienstleistung: „Es wird uns muss auch weiterhin Produktion geben, aber sie wird sich entscheidend wandeln: Menschen werden auf Maschinen aufpassen.“ Und er warnte davor, sich von neuen Technologien abhängig zu machen: „Wir müssen auch alte Techniken in der Vorhand halten, um mit Reparaturlösungen auch in kritischen Situationen – zum Beispiel bei einem längeren Stromausfall – reagieren zu können.“

Sicherheitsprobleme

Mit der Arbeitswelt beschäftigte sich indirekt auch Joachim Ebener, Vorstandsmitglied der Münchner Stadtparkasse. Denn die Frage stellt sich, inwieweit technische Neuerungen wie das online-banking bisherige Arbeitsplätze gefährden. Ebener hob zwar die Kostenvorteile für beide Seiten – Geldinstitute und Kunden – hervor, betonte aber gleichzeitig, dass der stationäre Betrieb das wichtigste Standbein im Privatkundengeschäft bleibe: „Online-banking ist immer nur eine Ergänzung und bleibt sie auch.“ Ebener räumte ein, dass das die Geschäftsbanken naturgemäß anders sehen als die öffentlich-rechtlichen Institute. Und in der ländlichen Region stelle sich die Situation anders dar als in der Großstadt. Auf dem flachen Land sei sicher die eine oder andere Filiale mittelfristig in ihrer Existenz gefährdet.

Auf die Sicherheitsprobleme beim Internet-Banking angesprochen, sagte Ebener, die Branche rechne in Zukunft vermehrt mit Angriffen auf die Sicherheitssysteme. Man könne aber auch nichts gegen den Leichtsinns der Kunden tun, die auf dubiose mail-Anfra-

gen („Phishing“) hin ihre PIN-Nummern preisgeben und so das Plündern ihrer Konten ermöglichen. Die Zukunft sieht Ebener im „Handy-banking“, das Geldgeschäfte von unterwegs aus ermöglicht. Er schloss nicht aus, dass über die Gebührenschraube zukünftig noch mehr Kunden für das online-Geschäft geworben werden, weil ein online-Konto zum Nulltarif angeboten werden kann und das traditionelle Geschäft am Schalter mit steigenden Gebühren zu rechnen habe.



Joachim Ebener, Vorstandsmitglied der Münchner Stadtparkasse: in Zukunft vermehrt Angriffe auf die Sicherheitssysteme.

Mit dem Einsatz moderner Informationstechnologien im Auto der Zukunft beschäftigte sich Hans-Georg Frischkorn vom Münchner Autobauer BMW.

„Medienzeit frisst Freizeit.“

Maria Gerhards

40 Prozent der Herstellungskosten bei einem Auto gehen heute bereits auf das Konto „Elektronik/Software“. Und 90 Prozent der Innovationen der Automobilbranche sind Elektronik. Das reicht vom Radio über das Telefon bis hin zu „intelligenten Fahrer-Assistenz-Systemen“, die den Fahrer entlasten und eine höhere Sicherheit gewährleisten sollen. Diese Systeme erkennen Gefahren im Umfeld und reagieren selbständig, sie helfen beim Abstand halten und Ein-

parken. Frischkorn sieht für diese Innovationen den Standort Deutschland gut gerüstet und erwartet Impulse im Software-Bereich für den deutschen Arbeitsmarkt: „Das High-Tech-Auto der Zukunft ist eine Chance und braucht eine gute Ausbildung und hohe Qualifikation der Arbeitnehmer.“ 80 Prozent eines BMWs stammen heute aus deutscher Produktion.



Hans-Georg Frischkorn vom Münchner Autobauer BMW: „Das High-Tech-Auto der Zukunft ist eine Chance für den deutschen Arbeitsmarkt.“

Auf einem sehr alten Sektor der Kommunikation, der Post, konnte Präsident Werner Scheller nur wenig Hoffnung machen, dass sich wieder eine wohnortnahe Versorgung mit Postämtern einstellen wird. Die Zukunft des weltweit operierenden Logistik-Konzerns Deutsche Post liegt offenkundig nicht im Briefmarkenverkauf um die Ecke, sondern in globalen Transportdienstleistungen. Hier muss sich der privatisierte Staatsbetrieb mit anderen Global Players messen lassen.

Insgesamt erwies sich die Akademie wieder einmal als idealer Treffpunkt für einen konstruktiven Gedankenaustausch. Alte Netzwerke und Kontakte konnten gepflegt und neue aufgebaut werden – ganz im Sinn der Tagung für eine humane Gestaltung der Informationsgesellschaft und ihrer Folgen. ■

Michael Schröder

Wenn Gutenberg online geht...

Das Internet als Totengräber der Buchhandlungen?

Mit einem sehr alten Medium, dem Buch, beschäftigte sich ein Expertenpodium während der Fachtagung zur Zukunft der Informationsgesellschaft. Hat das gedruckte Buch im Internet-Zeitalter noch eine Zukunft und welche Rolle spielt dabei der stationäre Buchhandel?

Dorothea Redeker vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels konnte zunächst mit beruhigenden Daten aufwarten: derzeit gibt es 4349 Buchhändler in Deutschland, die rund 9 Milliarden Euro Umsatz im Jahr machen (siehe Graphik). Der Schwerpunkt liegt mit 56 Prozent Anteil immer noch beim stationären Sortiment. Aber ihr Anteil geht zurück: 1999 waren es noch 59 Prozent. Davon sind ca. 85 Prozent kleinere und mittlere Sortimenter bis zu einem Umsatz von einer Million Euro. Der Rest teilt sich auf mittelständische Betriebe, z.T. mit einzelnen Filialen und den großen Buchhandelsketten wie Weltbild, Thalia oder Hugendubel. Und die Buchhändler reagieren auf die Herausforderung Internet und online-Buchhandel: etwa zwei Drittel haben einen eigenen Internet-Auftritt mit integriertem Shop-System.

Zu Ihnen gehört auch Karin Rolles, die im oberbayerischen Penzberg den Buchladen ihrer Eltern übernommen und vergrößert hat. Auch sie räumt ein, dass es für den kleinen und mittleren Händler schwieriger geworden sei in Zeiten der Internet-Konkurrenz. Aber mit viel Phantasie und Kreativität geht sie neue Wege und pflegt die persönliche Beziehung zum Kunden mit eingehender Beratung: „Der Bücherkauf muss zum Erlebnis gemacht werden.“ Dafür organisiert sie rund 30 Lesungen pro Jahr und eine Vernissage. Sie kennt die Vorlieben ihrer Kunden, berät und gibt Lesetipps. Frühzeitige Hinweise auf Neuerscheinungen von Lieblingsautoren ihrer Kundschaft sind wichtig und intensivieren die Kundenbindung an ihr Geschäft. Seit acht Jahren hat sie einen eigenen Internetauftritt mit Bestellservice:

„Aber abholen wollen die Leute ihre Bücher immer noch am liebsten selbst.“ Nur 5 Prozent der Besteller lassen sich den Lesestoff schicken. Rolles bezeichnet die Buchpreisbindung als überlebenswichtig, wenn der stationäre Handel noch eine Chance haben soll.



Dorothea Redeker vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels: „Der Anteil der stationären Buchhändler geht zurück.“

Foto: Schwanebeck

Dass der Buchkauf als Erlebnis zelebriert werden muss, findet auch der Geschäftsführer vom online-Buchhändler buecher.de, Gunther Gerlach. Er beschreibt damit einen Vorteil des stationären Handels. Sein Unternehmen wurde während des online-Booms 1999 gegründet: „Wir sind noch da und wir verdienen Geld.“ Er sieht den online-Handel nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zum Buchladen um die Ecke. Gerlach geht davon aus, dass es auch weiter noch neue Bücher aus Papier geben wird. „Aber in einer Zeit, wo nur noch vier von zehn Bundesbürgern überhaupt Bücher kaufen, wird das Überleben schwieriger und Buchhändler müssen sich ihre Nischen suchen.“ Für die Buchbestellung im Internet spreche häufig die Rationalität: Verfügbarkeit, einfache Bestellung und schnelle Lieferung sind klare Vorteile. ■ ms



Globus Infografik

Flucht aus Deutschland?

Unternehmen zwischen wirtschaftlicher Logik und sozialer Verantwortung

Die einen nennen es „Outsourcing“, die anderen „Offshoring“ und wieder andere haben im „Vaterlandsverrat“ den passenden Ausdruck gefunden. Kontrovers verläuft die Debatte um die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und die daraus resultierende Verantwortung der Unternehmer. Verschärft durch die Kapitalismusdebatte erreichte sie einen emotionalen Höhepunkt. Fallen die „Heuschrecken“ gleichsam einer biblischen Plage über das Land her? Ist die Verlagerung ein unpatriotischer Akt oder nützt sie sogar der deutschen Volkswirtschaft, indem sie inländische Arbeitsplätze sichert? Die Akademie befasste sich unter der Leitung von Peter Hampe mit dieser Frage. Namhafte Referenten aus Wirtschaft, Politik und Verbänden versuchten, dem Phänomen auf die Spur zu kommen, Folgen zu bewerten und Lösungsansätze zu finden.

Der Unternehmensberater Roland Berger referierte über die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, die man als „Offshoring“ bezeichne, während es sich beim „Outsourcing“ generell um das Auslagern von Unternehmensprozessen an externe Unternehmen handle. Vorangetrieben werde der Prozess, weil die Arbeitskosten und die Steuerbelastung speziell in den osteuropäischen Nachbarländern deutlich niedriger lägen, während gleichzeitig die Rechtssicherheit mit der EU-Integration angewachsen sei. Offshoring erlaube es daher, die Vorteile internationaler Arbeitsteilung zu nutzen und auf diese Weise Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Erträge zu steigern. Im internationalen Vergleich sei das Engagement deutscher Unternehmen im Ausland eher noch unterdurchschnittlich. Der Trend zum Offshoring werde und müsse auch weitergehen.

Nicht wettbewerbsfähig

Der Aufbau von Arbeitsplätzen im Ausland führe aber keineswegs zu entsprechenden Arbeitsplatzverlusten in Deutschland. In 60 Prozent der Fälle haben deutsche Auslandsinvestitionen – so der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) – zu einer Sicherung oder zu einer Zunahme deutscher Arbeitsplätze geführt. Trotzdem zeige die Entwicklung, dass Deutschland im

Bereich einfacher Produkte und Dienstleistungen, die mit niedrig qualifizierten Arbeitskräften hergestellt werden, nicht mehr wettbewerbsfähig sei.



Unternehmensberater Roland Berger: „Ein schneller Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist unabdingbar.“

Foto: privat

Deutschland könne daher seinen Wohlstand nur durch Innovationen, durch überlegene Produkte und Leistungen sichern. „Ein schneller Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist unabdingbar.“ Um dies zu erreichen,

müsse die Wirtschaftspolitik auf vielen Gebieten umsteuern: Weniger Geld für Subventionen und Sozialstaat, mehr für die Bereiche Bildung, Forschung und Familienpolitik, wo wir auch international hinterherhinken. „Wir müssen unsere Wirtschaft in Ordnung bringen, bevor wir anfangen, von Patriotismus zu reden.“ Auch die politischen Entscheidungsprozesse sollten verändert werden. Roland Berger plädierte für ein gemildertes Mehrheitswahlrecht, da durch das Verhältniswahlrecht im Bundestag immer nur kleine, kaum wirklich handlungsfähige Mehrheiten entstünden. Schließlich sollte es einen Wettbewerbsföderalismus geben, der „die Gleichwertigkeit des Lebens nicht mit der Gleichheit verwechselt“. Deutschland müsse sich jedenfalls im globalen Wettbewerb behaupten, alles andere wäre „Protektionismus, der zur Verarmung führt.“

Vor- und Nachteile

Peter Bauer, Vorstandsmitglied bei Infineon, berichtete über die Erfahrungen seines Unternehmens bezüglich Outsourcing und Offshoring – die Tagung fand statt vor den großen Streiks im Oktober. Halbleiterunternehmen sind aufgrund industriespezifischer Besonderheiten diesbezügliche Spitzenreiter. Aufgrund des intensiven Wettbewerbs mit den großen Chipherstellern in USA und Asien sei es unerlässlich, Teile der Wertschöpfung in Regionen mit Kostenvorteilen zu verlagern. Outsourcing sei auch deshalb ein Schlüssel zum Erfolg, da man Aufgaben, die nicht zum Kerngeschäft gehören, an spezialisierte Unternehmen auslagern und somit mehr Freiraum für seine Kerngeschäfte schaffen kann. Die Nutzung der Kompetenz eines Drittunternehmens macht flexibler und sichert die eigene Wettbewerbsfähigkeit.

Die Frage, ob Outsourcing Arbeitsplätze vernichte, könne man im Falle Infineons im Kern verneinen. „Noch immer sind über 16.000 Mitarbeiter, d.h.

knapp die Hälfte unserer Mitarbeiter in Deutschland beschäftigt, obwohl Deutschland nur noch 21 Prozent unseres weltweiten Umsatzes repräsentiert.“ Outsourcing, so Peter Bauer, hat Vor- und Nachteile: So begibt sich das Unternehmen in die Abhängigkeit des externen Dienstleisters und ohne klare Absprachen – wenn zum Beispiel das Unternehmen Kosten senken, der externe Dienstleister hingegen die Qualität in den Vordergrund stellen will – sind Missverständnisse vorprogrammiert. Dennoch gelte: „Wer sich den Themen Outsourcing und Offshoring verschließt, läuft Gefahr, im internationalen Wettbewerb den Kürzeren zu ziehen.“

Minus 90 000 Arbeitsplätze

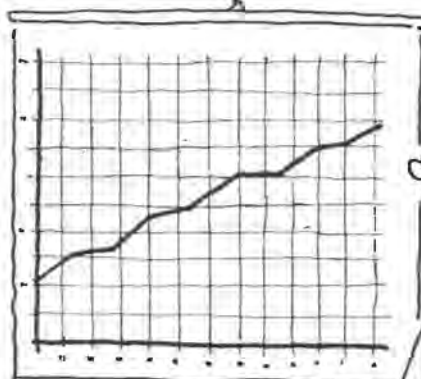
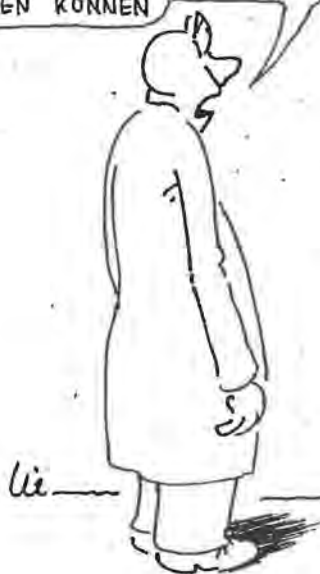
Was lässt sich über die Größenordnung des Outsourcing/Offshoring und über die entsprechenden Wirkungen aussagen? Dalia Marin von der Universität München berichtete über die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung,

die 80 Prozent der deutschen Investitionen in Osteuropa im Zeitraum 1990 bis 2001 umfasst. 45 Prozent dieser Investitionen hatten Offshoring-Charakter, d.h. hier war das deutsche Mutterunternehmen durch die Verlagerung von Teilen der Wertschöpfungskette auf Auslandstöchter bestrebt, die Produktionskosten zu senken. Insgesamt seien dadurch in Deutschland 90 000 Arbeitsplätze, also 0,3 Prozent aller Arbeitsplätze, verloren gegangen. Dieser relativ geringe Jobverlust in Deutschland ist vor allem damit zu erklären, dass die Unternehmen durch das Offshoring wettbewerbsfähiger geworden sind und ihre globalen Marktanteile erhöhen konnten. Zusätzlich überraschend war der Befund, dass von den deutschen Firmen vor allem hochqualifizierte Arbeitsplätze ausgelagert worden sind, auch ein Reflex – so Marin – der deutschen Bildungskrise: der Anteil der akademischen Bevölkerung ist in Deutschland im Vergleich zu anderen reichen OECD-Staaten unterdurchschnittlich niedrig.

Deutschland – eine Basarökonomie?

Wie lässt sich aber generell die zunehmende Verlagerung von Produktionsstätten in Niedriglohnländer und die parallele Zunahme der Vorleistungen aus dem Ausland mit der ungebrochenen Exportstärke Deutschlands („Exportweltmeister“) vereinbaren? Katrin Forster vom Wissenschaftlichen Stab des „Sachverständigenrats“ berichtete über dessen Untersuchungen und Erkenntnisse. Zwar habe in der Tat die exportinduzierte inländische Wertschöpfung pro Exportgut im Zeitraum 1991 – 2002 deutlich abgenommen – eine Entwicklung, aus der Professor Sinn vom Münchner ifo Institut seine These von der zunehmenden „Basarökonomie“ Deutschlands ableitet – aber die aufgrund verbesserter preislicher Wettbewerbsfähigkeit gestiegenen Exportmengen hätten dies überkompensiert, so dass der Anteil der exportinduzierten Wertschöpfung an der gesamten inländischen Wertschöpfung sogar gestiegen sei. Daher seien

IHRER LOHNKOSTEN-STATISTIK
ENTNEHME ICH, DASS WIR UNS
BALD KEINEN STATISTIKER MEHR
LEISTEN KÖNNEN



Zeichnung: Liebermann

vom Außenhandel eher die die Beschäftigung stützenden Effekte ausgegangen. Schwierig zu entscheiden sei allerdings bislang, ob das hohe deutsche Exportwachstum als Ausdruck zunehmender internationaler Arbeitsteilung positiv zu bewerten sei oder – so wiederum Hans-Werner Sinn – ob diese Tendenz pathologischen Charakter habe, weil die deutschen Unternehmen insbesondere wegen Lohnrigiditäten künstlich in den Export getrieben würden. Zusammenfassend wies Forster darauf hin, dass für die krisenhafte Beschäftigungsentwicklung in Deutschland außenwirtschaftliche Einflüsse jedenfalls nur in geringem Maße verantwortlich seien. Problem sei aber, dass für die im Zuge der zunehmenden internationalen Verflechtung wegfallenden Arbeitsplätze im Inland zu wenig alternative Arbeitsplätze angeboten würden. Hier stecke erheblicher inländischer Reformbedarf.

„Volk von Heimschläfern“

Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, nahm zunächst auf den Tagungstitel Bezug und beklagte, dass von einer Flucht aus Deutschland nichts zu bemerken sei. Die Mobilität deutscher Arbeitnehmer, Unternehmer und des Kapitals in der globalen Wirtschaft sei völlig unzureichend. Am wohlsten fühlen sich die jüngeren Deutschen immer noch im „Hotel Mama“. Obwohl wir via Ausbildung in Deutschland in mehrfacher Hinsicht für den internationalen Markt eigentlich besonders prädestiniert seien, blieben die Deutschen „ein Volk von Heimschläfern“ und nützten diese Vorteile zu wenig.

Steht Outsourcing in einem Widerspruch zu Patriotismus? Norbert Walter verneinte dies und stellte die Gegenfrage: „Was ist patriotischer, ein Unternehmen durch Outsourcing zu retten oder in aller Ruhe abzuwarten, bis es bankrott geht?“ Letzteres sei kein Patriotismus, sondern „Affenliebe“. Man solle endlich aufhören, mit Schlagwörtern wie „Patriotismus“ den deutschen Konsumenten und Unternehmen vorzuschreiben, „was sie tun dürfen und was nicht“. Wer Freiheit einschränkt und sich einmischt, muss

auch die Verantwortung übernehmen, wenn es schief geht, also Unternehmen dann sanieren oder gar übernehmen, was die Staatsfinanzen noch weiter überfordern würde.

Norbert Walter plädierte für mehr „Wertschätzung unserer eigenen Leistung“. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wachse trotz der markanten Euro-Aufwertung noch immer, sei nennenswert höher als der chinesische



Chefvolkswirt Norbert Walter: „Die These von der ‚Basarökonomie‘ ist so übertrieben, dass ich sie nicht mehr ertragen kann.“

und nähere sich der magischen Marke von 100 Mrd. Euro. Vor diesem Hintergrund steigender Wertschöpfung durch Außenhandel sei die These einer „Basarökonomie“ so übertrieben, „dass ich sie nicht mehr ertragen kann“.

Strukturreformen erforderlich

Viel wichtiger sei die Frage, warum in Deutschland sowohl von deutschen als auch von ausländischen Unternehmern so wenig investiert wird. Dazu seien Strukturreformen erforderlich. Einiges sei bereits in Angriff genommen worden. Norbert Walter lobte ausdrücklich die rot-grüne Bundesregierung, die für ein weitaus leistungsfreundlicheres Steuersystem gesorgt habe. Die Arbeitsmarktreformen ließen wirtschaftliche Dynamik und Anpassungsbereitschaft mehr zur Geltung kommen. Fortschritte gäbe es auch in der Altersversorgung. Der „Quatschsatz“ Nor-

bert Blüms „Die Rente ist sicher!“ sei aus der Öffentlichkeit verschwunden und ein Mentalitätswechsel zur privaten Altersversorgung vollzogen. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter sei im Vergleich zum Jahr 2000 um zwei Jahre gestiegen. Außerdem seien die Lohnstückkosten zurückgegangen, so dass Deutschland vor allem im Vergleich mit seinen Nachbarn an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen habe.

Gelähmter Gesundheitsmarkt

Was ist nach wie vor ungelöst? Norbert Walter warnte entschieden vor der demographischen Entwicklung: Dem deutschen Volk stünde eine „brutale Alterung“ bevor, die enorme Auswirkungen in vielerlei Hinsicht mit sich bringen werde. Um dieser Herausforderung zu begegnen, müsse man schon heute die Weichen stellen. So sei ein neues Verständnis von „Partnerschaft“ erforderlich, Karriere- und Kinderwünsche müssten besser in Einklang gebracht werden. Schließlich sei die Entfesselung eines neuen Wachstumsmarktes nötig, nämlich des Gesundheitsbereiches. Dieser sei nach wie vor durch staatliche Rationierung gelähmt.

Globalisierung in der „Legitimationskrise“?

„Die globalisierte Welt darf nicht eine Welt ohne Gesetze, Regeln und ohne soziale Abkommen sein!“ Im Dialog mit dem Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Randolph Rodenstock, legte Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Bayern, den thematischen Schwerpunkt seines Vortrags auf die Globalisierung. Gleich zu Beginn stellte Schösser die These auf, dass Produktionsverlagerungen immer wieder als Drohkulisse missbraucht würden, um die deutschen Arbeitnehmer zu längeren Arbeitszeiten und Gehaltseinbußen zu bewegen. Zwar finde in der Tat Produktionsverlagerung von Deutschland ins Ausland statt, sie sei aber im Volumen geringer als vielfach behauptet. Da die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sehr hoch sei, müsse im Hinblick auf die

Wachstumsschwäche „der Primat bei der Beseitigung der Binnennachfrageschwäche liegen.“ Obwohl die Gewerkschaften als traditionell international geprägte Organisationen durchaus pro Globalisierung eingestellt seien, müsse die aktuelle Entwicklung kritisch beobachtet werden, denn in ihrer „neoliberalen Tendenz“ sei sie den Menschen wenig hilfreich. Globalisierung sollte an den drei Kriterien „Nachhaltige Beschäftigung“, „menschenwürdige Arbeit“ und „Verteilungsgerechtigkeit“ gemessen werden. Die Bilanz, so der bayerische DGB-Chef, sei „alles andere als überzeugend“. Was „Nachhaltige Beschäftigung“ betrifft, habe das Internationale Arbeitsamt berichtet, dass ein Drittel des globalen Arbeitskräftepotenzials



Unternehmer Randolph Rodenstock: „Zwischen wirtschaftlicher Logik und sozialer Verantwortung sehe ich keinen zwingenden Widerspruch.“ *Fotos: Archiv/tobis*

arbeitslos oder unterbeschäftigt sei. Was „menschenwürdige Arbeit“ betrifft, habe die Internationale Arbeitsorganisation ILO in vielen Ländern der Dritten Welt erhebliche Defizite festgestellt. Die Zahl von Kindern, die aufgezwungene Arbeit leisten, betrage rund 250 Millionen. Was „Verteilungsgerechtigkeit“ betrifft, so geht die „Kluft zwischen Arm und Reich“ weiter auseinander: Bereits 1960 beanspruchte das reichste Fünftel dieser Welt 70 Prozent des gesamten Welt-einkommens. Heute vereinnahmt es mittlerweile 86 Prozent, während 1,2 Milliarden Menschen von weniger als

einem Dollar pro Tag leben müssen. In diesem Zusammenhang forderte Fritz Schösser die Unternehmer auf, ethische Werte trotz des kalten Windes der Globalisierung zu bewahren und jede Form von Kinderarbeit zu zerschlagen. „Die Länder der Dritten Welt müssen eine faire Chance haben, zu uns aufzuschließen.“ Es liege in der Verantwortung der Politik, Recht und Ordnung in die globale Ökonomie einfließen zu lassen.

Soziale Verantwortung

Nach einer kurzen Replik zum Thema Globalisierung behandelte Randolph Rodenstock die unternehmerischen Perspektiven: „Zwischen wirtschaftlicher Logik und sozialer Verantwortung sehe ich keinen zwingenden Widerspruch.“ Soziale Verantwortung sei der Definition nach das, was „der Gesellschaft dienlich ist“ im Unterschied zu dem, was nur dem einzelnen frommt. Unternehmen würden mit der Bereitstellung von Gütern und Diensten zu einem günstigen Preis-Leistungsverhältnis dieser Verantwortung nachgehen. Nur dann können sie nämlich Gewinne erzielen, die wiederum als Basis für Innovationen, Investitionen und Arbeitsplätze dienen. Dabei sei jeder Unternehmer gut beraten, nicht

„250 Millionen Kinder leisten weltweit aufgezwungene Arbeit.“

Fritz Schösser

nur dem Shareholder Value-Prinzip zu huldigen, sondern auch die Interessen aller übrigen „Stakeholder“ zu berücksichtigen. Jedenfalls sei die Schaffung von Arbeitsplätzen keine „unternehmerisch willkürliche Entscheidung“. Da die Verbraucher an den Gütern und nicht an den „schönen, blauen Augen unserer Mitarbeiter“ interessiert seien, treffe letztendlich er die Entscheidung über die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Randolf Rodenstock wehrte sich daher dagegen, Unternehmer und Manager als gewissenlose „Heuschrecken“ zu brandmarken. „Soziale Verantwor-

tung ist Teil der Logik des Wirtschaftens.“ So wurden bei einem Ranking des Manager Magazins 80 europäische Großunternehmen in ihrem Engagement für Soziales und Ökologie geprüft. Unter den zehn Besten be-



Bayerns DGB-Chef Fritz Schösser: „Die Bilanz der Globalisierung ist alles andere als überzeugend.“

fanden sich vier deutsche Unternehmen. Auch Rodenstock sprach sich dafür aus, nicht nach Regulierungen außerhalb Deutschlands zu rufen, „in erster Linie muss bei uns im Lande etwas verändert werden“.

In diesem Kontext sprach sich Rodenstock für eine Steuerreform nach Paul Kirchhof aus. Dann hätte der Bürger mehr Geld in der Tasche und könnte damit auch mehr in die Eigenvorsorge investieren.

Erforderlich sei auch eine zukunftsorientierte Bildungspolitik. Mit entsprechenden Konzepten und Visionen müsse die Politik auftreten. „Es reicht nicht, dem Volk nur aufs Maul zu schauen.“ ■

Peter Hampe/Tobias Schickhaus

Peter Bauer, Norbert Walter, Randolph Rodenstock: Flucht aus Deutschland? Unternehmen zwischen wirtschaftlicher Logik und sozialer Verantwortung in: ifo Schnelldienst Nr. 13/2005
Roland Berger (Nachtrag) in: ifo Schnelldienst Nr. 17/2005

Humane Leitbilder für die Wirtschaftsordnung

Hat die Wirtschaftsordnung in Deutschland den Anspruch, Menschenwürde zu gewährleisten und zu gestalten, verloren? Dieser Frage widmete sich die Akademie in einer Fachtagung unter der Leitung des Präsidenten des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Ulrich Blum und Heinrich Oberreuters. Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutierten, ob Fairness in der Arbeitswelt, Berufsethik und Sinnerfüllung durch Arbeit weiterhin gewährleistet sind.

Die aus aktuellem Anlass geführten Debatten um die „Heuschrecken“ und den „Raubtierkapitalismus“, so Josef Schmid von der Universität Bamberg, seien die Fortsetzung des seit etwa 1900 um sich greifenden „wirtschaftlichen Geistes“. Dieser trete in den europäischen Staaten als sozialpolitischer Leitgedanke zu Krisen- und Umbruchzeiten auf. In den USA hingegen sei dies undenkbar. Die Tatsache, dass von 200 Millionen Bürgern 30 Millionen nicht krankenversichert seien, werde als „vollkommen normal“ hingenommen. Jener klassische Liberalismus wurde erst durch Roosevelts New Deal aufgebrochen. In Großbritannien etablierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, so Schmid, ein „totalitärer Gewerkschaftsstaat“, der erst durch die eiserne Lady zerschlagen werden konnte. Auf dem europäischen Festland hingegen wehte schon immer „ein anderer sozialer Wind“. Staatstätigkeit und Sicherheit seien im französischen Zentralismus seit jeher groß geschrieben worden. Doch mit dem Aufbrechen der Schutzzölle und -mauern wurden diese Determinanten ineffizient. Als Folgen waren zunehmende Arbeitslosigkeit und Verteilungskämpfe auszumachen. Schmid sah in der französischen Kontinentalökonomie den „sozialen Irrtum“ darin, dass Soziales ein „bloßes Anhängsel“ der Wirtschaftstätig-

keit gewesen sei. Im Modell Deutschland liege der „soziale Irrtum“ dagegen darin, keinen organischen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Sozialem geschaffen zu haben. So habe man das Prinzip der Eigenvorsorge nahezu vollständig außer Kraft gesetzt.



Josef Schmid: Prinzip der Eigenvorsorge nahezu vollständig außer Kraft gesetzt.

Foto: Schickhaus

Wert der Arbeit

Über den Zusammenhang von Menschenwürde und Arbeit sprach Michael Assländer vom Internationalen Hochschulinstitut Zittau. Historisch setzte sich erst nach und nach die Sicht der gewinnorientierten Erwerbstätigkeit als Arbeitsform durch. Die Ständeordnung wurde zerschlagen. Tugen-

den wie „Fleiß“ und „Enthaltbarkeit“ wurden geboren. Sünde war nun die Arbeitsverweigerung. Arbeit hätte sich, so Assländer, in drei Bereichen gewandelt: Während Arbeit in der Antike Privatangelegenheit war, sei sie für das Bürgertum zur öffentlichen Sache geworden. Motivation zur Arbeit sei nun eindeutig der Gelderwerb. Waren früher die Erwerbsmöglichkeiten durch den sozialen Stand beschränkt, bestimmten sie heute sogar den Status eines Menschen. Mit der gewandelten Bedeutung von Arbeit traten aber auch neue Probleme auf: Armut wurde durch Arbeitslosigkeit ersetzt. War es ein Recht der Armen Almosen zu erhalten, so ist es heute ein Recht der Arbeitslosen, beschäftigt zu werden. Dass dies die Marktwirtschaft nicht vollständig leisten könne, sei offenkundig. Arbeit sei an Sinnstiftung und Entlohnung orientiert. Dies galt von der Industrialisierung bis hin zum Zweiten Weltkrieg selbst für Industriearbeit, da es um den Aufbau einer besseren Zukunft ging. Doch mit wachsendem Wohlstand und Sättigung sei Schritt für Schritt auch die Sinnstiftung verloren gegangen. Den Wert von Arbeit schätze man so lange, wie die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs gegeben sei. Assländer warnte davor, jungen Menschen im Voraus diese Chance zu nehmen, indem Unternehmen sich ihrer Verantwortung der Ausbildung entzögen.

Ethik als Chefsache

Über die Frage, wie man Unternehmen zu ethisch verantwortungsbewusstem Handeln bewegt, referierte Annette Kleinfeld: „Unter heutigen Rahmenbedingungen gewinnen ethische Orientierungen für Unternehmen eine wachsende Bedeutung.“ Da wir heute in einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft lebten, werde das Individuum mit seinen Potenzialen immer wichtiger. Und obwohl der Wind der Globalisierung immer stärker blase, gibt es nach wie vor keine wirtschaftspolitische Rahmenordnung im Weltmaßstab. Außerdem stünde die Wirtschaft we-

*Über den Vortrag von Nikolaus Piper (Süddeutsche Zeitung) in der Tagung zu diesem Thema haben wir bereits im Akademie-Report 3-05 anlässlich eines Akademiegesprächs im Landtag berichtet.

gen des „nicht integren“ Verhaltens Einzelner zunehmend unter kritischer Beobachtung der Öffentlichkeit. Die Unternehmensethik stelle nicht die ökonomischen Ziele wie Gewinn oder Wachstum in Frage. Vielmehr untersuche sie, ob das Mittel zum Zweck gerechtfertigt sei und ob Werte wie Fairness und Integrität berücksichtigt würden. „Ethik muss zur Chefsache werden“, forderte Kleinfeld. Alle Managementbereiche müssten erfasst und durch sogenannte Integritätsprogramme gefestigt werden. Durch die Kodifizierung jener Werte soll ein „Kompass“ geschaffen werden, der das Unternehmen mit all seinen Mitarbeitern in die Zukunft lenke. Gleichzeitig hätte solch ein Kodex eine Signalfunktion in Richtung Öffentlichkeit. Die Wirkungen wären Attraktivität, Glaubwürdigkeit und Prestigeaufbau. Für die Mitarbeiter wäre ein Leitbild sinn- und identifikationsstiftend.

Tiefe Spaltung

„Die Ökonomie neigt aus sich heraus zu Grausamkeiten.“ – Gleich zu Beginn forderte der Volkswirt Rudolf Hickel von der Universität Bremen ein Leitbild für die Wirtschaftsordnung. Man müsse sich die Frage stellen, was die gesellschaftlichen Ziele sein sollten und wie sie sich umsetzen ließen. Scharfe Kritik übte er an den Denkern der neoliberalen Ökonomie: Nirgendwo wäre dort das Problem der ökonomischen Konzentration der Macht erwähnt worden. Das Thema Missmanagement hätte in den Debatten nie Platz gefunden. Die gesamte Ökonomie, so Hickel, befinde sich in einer schweren Krise. Eine neue „Unsicherheit“ sei aufgetreten, da man über Preiskategorien wie Wechselkurse, Zinssätze oder Aktienkurse keine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten aufstellen könne. Theoriesysteme über die Spekulation an Finanzmärkten seien undenkbar. Durch diese „Kurzfristigkeit“ wäre die Existenzsicherung eines Unternehmens extrem erschwert worden. Marktsysteme hätten außerdem die bequeme Eigenschaft, langfristige Konsequenzen wie die Umweltzerstörung, auszublenden. „Dem Preissystem muss die ökologische Wahrheit eingebläut werden.“ Hickel appellierte an

die Verantwortung der Ökonomen. Von einer „tiefen Krise“ zu sprechen sei bereits falsch und unverantwortlich. Deutschland sei durch die lahrende Binnenwirtschaft und durch die gleichzeitig hervorragende außenwirtschaftliche Entwicklung tief gespalten. Durch Investitionen im ökologischen Umbau solle man Wachstum inszenie-



Rudolf Hickel: „Die Neoliberalen blenden wirtschaftliche Machtkonzentration und Missmanagement aus!“

Foto: Schröder

ren. Dies würde Beschäftigung schaffen und zugleich hätte man der Generationengerechtigkeit einen Dienst erwiesen. Diesen Prozess aber dem Markt alleine zu überlassen, führe „nur zu weiteren Grausamkeiten“.

Menschenwürde in der Transformation

„Was macht man, wenn man eine gesamte Volkswirtschaft umgestalten soll?“ Als ehemaliger sächsischer Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit ist Kajo Schommer Experte in Sachen Transformation. Weder Privateigentum noch Unternehmertum hatte es in der DDR gegeben. Die Erziehung entlang des sozialistischen Gedankenguts hinterließ bei den Menschen eine Prägung, die man berücksichtigen müsse, wenn man den Menschen marktwirtschaftliches Denken vermitteln wollte. Praktisch „über Nacht“ kam der Kapitalismus und mit ihm fielen sämtliche Schutzmauern. Die Menschen, so Schommer, fanden sich in

einer Welt der Globalisierung und Technologierevolution wieder. Plötzlich stand man mit den westeuropäischen Märkten in Konkurrenz. Erschwerend kamen die falschen Versprechen von den „blühenden Landschaften“ hinzu. Schommer beklagte das „westdeutsche Besitzstandsdenken“, das keinen föderativen Wettbewerb zulassen wollte. Außerdem hätte es nichts mit Menschenwürde zu tun, wenn man im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von einer Umschulung zur anderen geschickt werde und letztendlich immer wieder in die Arbeitslosigkeit falle. „Wir mussten den Menschen die Selbstachtung zurückgeben.“ Jeder sollte die Freiheit besitzen, sich sein eigenes Geschicksurteil zu bilden. Es dürfe nicht von westdeutschen Politikern oktroyiert werden. Außerdem habe man den Menschen die Bedeutung von Freiheit und Eigenverantwortung nahe gelegt. Eine menschenwürdige Transformation konnte nur mit einer „gespaltenen Volkswirtschaft“ funktionieren. Sie arbeitete nach den marktwirtschaftlichen Regeln des Westens, wurde aber von einem Staat gelenkt, der sich dann schrittweise zurückzog.

Über Ordnungsethik referierte Nils Goldschmidt vom Walter-Eucken-Institut in Freiburg. Eine „Wirtschafts- und Sozialordnung, in der wirtschaftliche Leistung und menschenwürdige Daseinsbedingungen gleichermaßen gewährleistet sind“, sei die zentrale Forderung Walter Euckens und der gesamten Freiburger Schule. Die Handlungsmaximen seien Ordnung, Freiheit und Wahrhaftigkeit. Dem Markt müssen gewisse Regeln der Gerechtigkeit und Verantwortung auferlegt werden. Dennoch, so Goldschmidt, geht es nicht darum, den Menschen vor dem Markt zu schützen, sondern ihm vielmehr die Chance zu bieten, daran teilzuhaben. Bei der derzeitigen Krise der Sozialen Marktwirtschaft könnte die Ordnungsethik für die Neudefinition von Grundlagen und Spielregeln ein hilfreiches Instrument sein. ■

Tobias Schickhaus

Eine Armee im Wandel

Internationale Fachtagung beleuchtet neue Aufgaben und Herausforderungen

Nein, wir wollten nicht die ersten sein. Aber dass die Akademie, die durchaus auch über eine sicherheitspolitische Tradition verfügt, eine Veranstaltung zum 50-jährigen Jubiläum der Bundeswehr durchführte, lag auf der Hand. Die hochrangig besetzte Tagung beinhaltete fünf Bereiche.

Generalmajor a.D. Manfred Eisele beleuchtete die Ausweitung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr. General Eisele hat als ehemaliger stellvertretender UN-Generalsekretär die internationale Perspektive im Blick. Er setzte die Problematik militärischer Intervention zwischen politischem Auftrag und oft unzureichender Ausstattung auseinander. Im zweiten Panel, der politischen Ebene, gab die CSU-Bundestagsabgeordnete Ilse Aigner vor dem Hintergrund ihrer Tätigkeit als Mitglied des Haushaltsausschusses und stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses Einblicke in die Herausforderungen durch die Bundeswehrreform. Dazu gehören die Standortdiskussion und Fragen der Ausbildung.

Traditionspflege

Zur politischen Ebene gehört auch das Traditionsbild der Bundeswehr. Oberstleutnant Wolfgang Schmidt vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr in Potsdam erläuterte Deutungsmuster, Selbstverständnis und Realitäten der Bundeswehrtradition, zu deren Grundfesten das Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat gehört.

Der „Inneren Führung“, einem der „heißen“ Themen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, war der dritte Teil der Tagung gewidmet. Aus der parlamentarischen Perspektive, aus dem Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags, berichtete Fritz Günther. Brigadegeneral Karl Schreiner, Leiter des Führungsstabs I (FüS

I), im Bundesministerium der Verteidigung und damit auf hoher Ministerialebene zuständig, beschrieb Anspruch und Realität der Inneren Führung aus Sicht der Bundeswehr.

Im sicherheitspolitischen Teil der Tagung, dem vierten Panel, wurde es international. Prof. Dr. Michael Staack von der Universität der Bundeswehr sprach über die Ausweitung von Verteidigungsgrenzen und Verschiebungen in Bündnisverpflichtungen.



General a.D. Manfred Eisele: militärische Intervention zwischen politischem Auftrag und oft unzureichender Ausstattung.

Der Blick von außen

Zu den Höhepunkten der Tagung gehörten die internationalen Gäste, die Einblicke in die Sicht der Partner auf die Bundeswehr gaben: Der als Verbindungsoffizier bei der Fernmelde-

schule und Fachschule für Elektrotechnik in Feldafing tätige Vertreter der französischen Streitkräfte, LCL Jean Eisner, der Vertreter der französischen Streikräfte bei der NATO-Schule, LCL Jean-Jaques Pelletier, der Vertreter der Schweiz und Dozent am George C. Marshall Center for European



Brigadegeneral Karl Schreiner beschrieb Anspruch und Realität der Inneren Führung.

Studies in Garmisch, Oberst im Generalstab, Peter Scheider und Tom J. Darcy, der als ehemaliger Direktor des Amerikahauses in München und Offizier der amerikanischen Streitkräfte sowohl über Deutschlandkenntnisse als auch über militärische Erfahrungen verfügt.

Bei aller diplomatischer Zurückhaltung war aus dieser Runde zu hören: Die Bundeswehr hat eine bemerkenswerte Entwicklung vorgelegt und ist vorbildhaft in ihrem Grundverständnis und Bekenntnis zum demokratisch-liberalen Rechtsstaat. So begrüßenswert ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement der Bundesrepublik aus Sicht der Partner auch ist, so setzt dies doch andere politische und finanzielle Unterstützung der Bundeswehr voraus.

Im abschließenden, viel beachteten Teil der Tagung ging es um Auslandseinsätze.

Generalarzt Jürgen Dick vom Bundesministerium der Verteidigung berichtete mit durchaus bewegenden Bildern



Internationale Gäste gaben Einblicke in die Sicht der Partner auf die Bundeswehr: der Franzose LCL Jean-Jaques Pelletier (links) und der Schweizer Oberst im Generalstab Peter Scheider.

von der medizinischen und humanitären Hilfe durch den Sanitätsdienst der Bundeswehr. Hier ging es um Ausstattung und Fähigkeiten, aber auch um neue Belastungen, die Soldaten und Soldatinnen durch die internationalen Einsätze erfahren. Der Sanitätsdienst verfügt durch Hilfeinsätze schon über eine im Vergleich lange internationale Erfahrung.

Internetcafe in Kabul

Die Kooperation mit der Fernmeldeschule im benachbarten Feldafing ist der Akademie ein besonderes Anliegen. Umso erfreulicher war es, den Ge-



Michael Staack (rechts) sprach über die Ausweitung von Verteidigungsgrenzen, links der Franzose LCL Jean Eisner.

die Kommunikation zwischen verschiedenen Einheiten und zwischen einzelnen Einheiten und der Einsatzführung sicher. Diese Aufgaben multiplizieren sich bei Auslandseinsätzen: Es ist sowohl die Kommunikation untereinander, nach Deutschland, zu NATO-Partnern und auch zu den einheimischen Unterstützungsverbänden im Einsatzgebiet zu erstellen.

Daneben gibt es noch eine weitere Dimension der Kommunikation, der bei Auslandseinsätzen größte Bedeutung zukommt: Der „Draht nach Hause“: Telefon-, Internet- und Email-Verbindungen,

gen, die die Truppen im Auslandseinsatz auch privat mit Deutschland verbinden. Hierbei werden durch Entfernungen auch die Herausforderungen größer: Gehörten die Verbindungen zu Einsatzgruppen im ehemaligen Jugoslawien zur Frühphase, ist heute das „Internetcafe“ im ISAF-Zentrum in Kabul eine Selbstverständlichkeit. ■

Fotos: Hieber

(siehe Presseschau Seite 39)

Saskia Hieber

Transatlantische Kontaktpflege

US-Delegation zu Gast in der Akademie

Genauso einmalig wie die Akademie als Einrichtung der politischen Bildung ist die Harris-Gastprofessur am Dartmouth College in Hanover/New Hampshire für die amerikanisch-deutschen Beziehungen. Sie wurde 1987 von zwei ehemaligen Studenten finanziell ausgestattet und hat zum Inhalt, deutschen Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachgebiete einen Lehr- und Forschungsaufenthalt in Dartmouth zu ermöglichen. Für die Auswahl der Kandidaten zeichnet ein Advisory Board verantwortlich, dem auf deutscher Seite auch Akademiedirektor Heinrich Oberreuter angehört. Er war 1987 selbst der erste Gastprofessor des Programms und nutzte die Gelegenheit des diesjährigen Treffens, um den Mitgliedern die Akademie und ihre Arbeit vorzustellen. Neben den Beratungen des Gremiums und vielen Gesprächen am Rande kam auch das touristische Programm mit Kloster Ettal, Schloss Linderhof und Wieskirche nicht zu kurz. ■

Manfred Schwarzmeier



Die Gruppe aus den USA auf den Spuren des bayerischen Märchenkönigs Ludwigs II: vor dem Schloss Linderhof

Foto: Schwarzmeier

Aktivposten der Gesellschaft

Politik für alte Menschen in Bayern – Die Konzeption der Staatsregierung

von Christa Stewens, Bayerische Staatsministerin für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen*

„Alt, versorgt, zufrieden? – Gesicherte Perspektive für die Senioren von morgen?“ Zu dieser sehr gut besuchten Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft e.V. (BayLAH) durchgeführt wurde, waren beruflich und ehrenamtlich Tätige aus den Bereichen Hauswirtschaft, Pflege und Medizin, Senioren eingeladen worden. Nach dem Eröffnungsreferat von Professor Heiner Keupp über „Älter werden – eine salutogene-tische Perspektive“ wurden vor allem die Themen Wohnung, hauswirtschaftliche Versorgung und Vorsorgen für das Alter behandelt. Ziel war es unter anderem, neue Erkenntnisse und praktische Ansätze über die Organisation professioneller Unterstützungen vorzuführen, die alten Menschen dabei helfen können, ein gutes und möglichst selbständiges Leben zu führen. Die bayerische Sozialministerin Christa Stewens legte dar, welche Aufgaben die Bayerische Staatsregierung bei der Gestaltung positiver Rahmenbedingungen zur Erreichung dieses Zieles sieht. Wir dokumentieren ihre Rede leicht gekürzt.

KHW

(...) Wir müssen aufhören, „alt“ automatisch gleichzusetzen mit „krank“ oder „pflegebedürftig“. Wir brauchen ein positives, differenziertes Bild vom Altern: Weg von der Defizitsicht – hin zur Kompetenzsicht, ohne dabei jedoch die älteren Menschen zu vergessen, die Betreuung und Unterstützung benötigen.

Altern ist mehr als biologisches bzw. kalendarisches Altern. Die heute 50- bis 70-Jährigen haben als erste Generation eine neue Chance erhalten: ein zusätzliches Lebensalter – das der gewonnenen Jahre. Tatsache ist: Die jetzige Seniorengeneration ist die

- gesündeste und leistungsfähigste
- mit dem größten Bildungshintergrund
- und im Durchschnitt mit dem höchsten Vermögen aller Zeiten.

Angesichts dieser Entwicklung müssen wir Seniorinnen und Senioren als Aktivposten unserer Gesellschaft verstehen und eine neue, aktive Kultur des Alterns entwickeln, welche die Chancen und Potenziale der älteren Menschen in den Mittelpunkt stellt.



Christa Stewens: den Grundsatz „ambulant vor stationär“ konsequent umsetzen Foto: StMAS

Die bayerische Landespolitik trägt dem Rechnung und geht weit über die klassische Altenhilfe und Pflegepolitik hinaus. Moderne Seniorenpolitik ist Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik im Wechselspiel mit allen anderen Bereichen der Politik.

Das Programm der Staatsregierung basiert im Wesentlichen auf folgenden Säulen:

1. Fordern und Fördern der Potentiale und Kompetenzen älterer Menschen

Wer heute 65 ist, hat im Durchschnitt als Mann noch 16 und als Frau noch 20 Lebensjahre vor sich. Viele möchten diesen neuen Zeitabschnitt nicht ausschließlich im „Ruhestand“ verbringen, sondern für sich und andere sinnvoll nutzen. (...) Deshalb ist es dringend nötig, ältere Menschen am Erwerbsleben zu beteiligen sowie ihre aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bzw. die Ausübung bürger-schaftlichen Engagements zu unterstützen. Dabei sind selbstverständlich die Bedürfnislagen und Möglichkeiten der älteren Menschen zu berücksichtigen. Aktuelle Zahlen aus dem Alterssurvey bestätigen: Die Altersgruppe 55+ stellt mit 6 Prozent die größte Wachstumsgruppe bei der Ausübung von freiwilligem Engagement dar. (...)

2. Stärkung des ambulanten Bereichs

Großer Wunsch der meisten älteren Menschen ist es, auch im Falle der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in der vertrauten Umgebung bleiben zu können. Dies ist nicht nur humaner, sondern auch im Hinblick auf die Finanzlage der sozialen Sicherungssysteme notwendig, um einen Kollaps der vorhandenen stationären Betreuungs- und Finanzierungssysteme zu verhindern. Nach den Ergebnissen einer Vorausberechnung für Bayern wird sich die Zahl der ambulant versorgten Fälle von rund 203.000 im Jahr 2003 auf rund 262.000 im Jahr 2020 und weiter auf rund 357.000 im Jahr 2050 erhöhen. Unbestritten ist daher eine Intensivierung der Bemühungen zur Verbesserung bzw. Weiterentwicklung der ambulanten Pflege sinnvoll und notwendig.

Dabei liegt das größte Potenzial in der Ausgestaltung der Sozialversicherung. Der Geldfluss ist letztendlich das wichtigste Steuerungselement zum Ausbau der ambulanten Pflege.

*gekürzte Fassung

Zudem sind weitere Erleichterungen und Unterstützungen im Bereich der pflegenden Angehörigen notwendig, um die Bereitschaft zur Angehörigenpflege zu erhalten bzw. weiter zu fördern.

Des Weiteren muss der Grundsatz „ambulant vor stationär“ auch bei der Ausgestaltung der sozialversicherungsrechtlichen Leistungen konsequent umgesetzt werden. Um im Rahmen der integrierten Versorgung die Organisation von Prävention und Rehabilitation nachhaltig zu verbessern, müssen entsprechende Service- und Dienstleistungsstrukturen ausgebaut werden.

Große Bedeutung kommt auch dem Thema „Wohnen“ für ältere Menschen zu. Hier ist es unser Ziel, die verschiedenen Wohn- und Pflegeformen weiter auszudifferenzieren, um unterschiedlichen Bedürfnislagen älterer Menschen gerecht zu werden.

Ganz wichtig ist schließlich die Berücksichtigung der speziellen Bedürfnislagen von Demenzerkrankten. Ich freue mich über die bundesweite Spitzenstellung Bayerns bei der Umsetzung des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes bzw. beim Aufbau neuer Versorgungsstrukturen und Versorgungskonzepte zur Betreuung Demenzerkrankter im ambulanten Bereich. Das Fördervolumen allein für Modellprojekte im Rahmen des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes von Staat, Pflegekassen und Kommunen beläuft sich auf insgesamt 1,7 Millionen Euro.

3. Ausbau von Vernetzung

Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist die Intensivierung der Zusammenarbeit. Dies betrifft zum einen die Verzahnung der Angebote von Altenhilfe und Gesundheitswesen, zum anderen aber auch den Mix von Professionellen und Ehrenamtlichen. (...)

4. Qualitätssicherung in der Pflege

Ein ganz wichtiger Baustein der Politik für ältere Menschen ist der Themenkomplex „Qualitätssicherung in der Pflege“. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden. Die Pflegewahrscheinlichkeit beträgt

- 0,6 Prozent vor Vollendung des 60. Lebensjahres
- 3,9 Prozent zwischen dem 60. und 80. Lebensjahr
- rd. 31,8 Prozent nach Vollendung des 80. Lebensjahres.

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist deshalb in den nächsten Jahren mit einem starken Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen zu rechnen: Bis zum Jahr 2050 wird eine Verdoppelung auf 4 Mio. pflegebedürftige Menschen vorausgesagt.

4.1. Pflegeversicherung: Bayerische Staatsregierung setzt sich für Reform ein

Pflegebedürftigkeit führt in der Regel zu vermehrtem Bedarf an Unterstützung – auch in finanzieller Hinsicht. Die Pflegeversicherung stellt ohne Frage eine wichtige Errungenschaft zur Verhinderung der Sozialhilfeabhängigkeit von Pflegebedürftigen dar. Die Pflegeversicherung hat außerdem – nicht zuletzt durch das Pflegegeld für ehrenamtlich Pflegenden – zu einer Stärkung der häuslichen Pflege geführt. So konnte in Bayern mittlerweile ein flächendeckendes Netz von rd. 1600 ambulanten sozialpflegerischen Diensten errichtet werden.

Aber es lässt sich nicht leugnen: Der jüngste, mittlerweile jedoch auch schon wieder zehn Jahre alte Zweig der Sozialversicherung ist überarbeitungsbedürftig. Die Bayerische Staatsregierung plädiert seit geraumer Zeit für eine zukunftsgerichtete Reform unter Beibehaltung der Pflegeversicherung als eigenständiger Säule innerhalb der Sozialversicherungen.



So sieht das Konzept meines Ministeriums eine ergänzende kapitalgedeckte Zusatzversicherung für jüngere Versicherte vor, um die demographische Entwicklung kompensieren und die dringend notwendige Dynamisierung der Leistungsbeträge finanzieren zu können.

Damit einhergehen muss eine Neujustierung der ambulanten und stationären Leistungsbeträge. Darüber hinaus streben wir eine Einbeziehung der Dementen in die Leistungen der Pflegeversicherung an. Zudem müssen Rehabilitation und Prävention sowie der Grundsatz ambulant vor stationär weiter gestärkt werden.

4.2. Stationäre Pflege

Auch bei weitestgehender Verwirklichung des Grundsatzes ambulant vor stationär wird die stationäre Pflege weiterhin eine bedeutende Rolle spielen. Denn es wird immer einen Anteil von Pflegebedürftigen geben, die auf stationäre Betreuung angewiesen sind. Momentan leben in Bayern etwa 110.000 Menschen in Heimen der Altenhilfe. In den letzten 25 Jahren hat sich die Betreuungssituation stark geändert: damals waren 75 Prozent der Bewohner Rüstige und 25 Prozent Pflegebedürftige – heute hat sich Verhältnis umgekehrt.

Hinzu kommt, dass mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen gerontopsychiatrische Erkrankungen aufweisen. Die bedarfsgerechte Betreuung und Versorgung dementer Pflegebedürftiger zählt zu den wohl größten Herausforderungen der stationären Altenhilfe. Wer jemals einen altersverwirrten Menschen betreut hat, der weiß, wie schwierig und zeitaufwendig diese Aufgabe ist. Die Belastungen für Pflegenden sind aufgrund der Symptome demenzieller Erkrankungen besonders hoch, eine Heilung als augenscheinlicher Erfolg einer Behandlung ist kaum möglich. Dass wir der Krankheit Demenz allerdings nicht machtlos gegenüber stehen, haben mir die vielfältigen Konzepte und Ideen gezeigt, von deren erfolgreicher Umsetzung ich mich vor kurzem anlässlich eines Besuches einer Pflegeeinrichtung für demenziell Erkrankte in Niedersachsen überzeugen durfte.

Geänderte Anforderungen

Aufgrund der Veränderungen auf Seiten der Pflegebedürftigen haben sich auch die Anforderungen an die Pflegekräfte geändert. Deshalb ist es auch dringend notwendig, an der bundesgesetzlich vorgeschriebenen Fachkraftquote von 50 Prozent grundsätzlich festzuhalten. Nur so kann das erreichte Qualitätsniveau auf Dauer gehalten werden.

Bei der räumlichen, baulichen und betrieblichen Gestaltung von stationären Pflegeeinrichtungen ist verstärkt darauf zu achten, den Bewohnern entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen ein selbstbestimmtes Leben und ein Höchstmaß an Mobilität zu ermöglichen. Hierfür ist wiederum ein Höchstmaß an Flexibilität notwendig, um auf neue Betreuungsformen, veränderte Benutzergruppen und individuelle Anforderungen angemessen reagieren zu können. Zudem ist wichtig, dass die Einrichtungen gemeinde- bzw. wohnortnah in überschaubaren Größen errichtet und mit Angeboten der Tages- und Kurzzeitpflege sowie ambulanten Angeboten vernetzt sind. (...)

5. Finanzielle Absicherung im Alter

Die letzte Säule unserer Politik für ältere Menschen, auf die ich kurz zu sprechen kommen möchte, betrifft die finanzielle Absicherung. Materielle Sicherheit im Alter ist wohl für alle Menschen ein ganz zentraler Eckpunkt.

Deshalb brauchen wir eine Rentenversicherung, die auf Solidarität ebenso setzt wie auf Leistungsgerechtigkeit, Familiengerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Keine Generation darf der nachfolgenden Generation mehr zumuten als sich selbst. Für die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung sind daher folgende Eckpunkte von zentraler Bedeutung:

Kinderbonus

Erster Eckpunkt: Wir müssen ein klares familienpolitisches Signal setzen: Wer Kinder hat, erbringt damit – über die finanzielle Beitragsleistung hinaus – einen „generativen“ Beitrag zur Rentenversicherung. Dieser Beitrag soll künftig durch einen Kinderbonus ausgeglichen werden, der für Geburten ab 2007 die Eltern bis zum 12. Lebensjahr des Kindes um 50 € monatlich beim Rentenbeitrag entlastet. Darüber hinaus müssen wir eine Ausweitung der Kindererziehungszeiten prüfen. Eine Ausweitung für Geburten ab 2007 von 3 auf 4 Jahre ergäbe ca. 105 € dynamische Rente.

Zweiter Eckpunkt: Auch längerfristig muss sich der Beitragssatz zur Rentenversicherung am heutigen Beitragsniveau orientieren: Die junge Generation braucht finanzielle Spielräume für die erforderliche zusätzliche private Altersvorsorge, die ihrerseits stark vereinfacht und bedürfnisgerechter ausgestaltet werden muss.

Dritter Eckpunkt: Verbleib der Regelaltersgrenze bei 65 Jahren. Eine Anhebung der Regelaltersgrenze wäre angesichts der heutigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt realitätsfremd und demotivierend. Stattdessen ist notwendig, das tatsächliche Renteneintrittsalter durch höhere Abschläge für vorzeitigen Rentenbezug (z.B. 5 Prozent pro Jahr statt bisher 3,6 Prozent) anzuheben und auf diese Weise wieder stärker an die gesetzliche Regelaltersgrenze anzunähern.

Dies steht einem flexiblen Renteneintritt ab dem 60. Lebensjahr nicht entgegen – allerdings gegen höhere Abschläge. Wer jedoch 45 Jahre gearbeitet hat, soll bereits mit dem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen können – das ist leistungsgerecht. Allerdings muss dies noch unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. (...) ■

Für Chancengleichheit – gegen Diskriminierung

Die Europa-Parlamentarierin Niebler über Frauenrechte in der neuen EU

Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern (nach dem Scheitern des Referendums trat nur der griechische Landesteil bei) als Vollmitglieder der EU bei. Völker und Staaten, die immer ein Teil Europas waren, kehrten zurück in die europäische Familie. Staaten, die Jahrhunderte lang von den benachbarten Großmächten bedroht und unterdrückt wurden, sollten nun an der Gestaltung des europäischen Gedankens beteiligt werden.

Ein Jahr nach der Erweiterung ist zwar die politische und wirtschaftliche Teilung überwunden, die mentale hingegen noch lange nicht. Hoffnungen und Ängste prallen gleichermaßen aufeinander: Während die Wirtschaft in der Erweiterung eine große Chance für Deutschland sieht, steht für eine breite Schicht der deutschen Bevölkerung die EU-Erweiterung für Lohndumping und Wegfall von Arbeitsplätzen. Wird Europa stärker oder wird die EU handlungsunfähig?

Die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien bieten weiteren Anlass zu kontroversen Debatten und der Wunsch der Türkei nach einem EU-Beitritt stößt bei vielen Menschen und Politikern auf Ablehnung. Über das Pro und Contra zur weiteren Ausdehnung der EU diskutierten Vertreterinnen bayerischer Frauenverbände unter Leitung von Jürgen Weber. Unter anderem referierte die CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler über die „Förderung der Frauenrechte in den neuen Mitgliedsländern der EU“.

Seit November 1999 ist Angelika Niebler Abgeordnete im Europäischen Parlament (EVP). Sie ist parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/

CSU-Europagruppe, Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie des Ausschuss für die Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter. Gleich zu Beginn betonte Niebler, dass „Frauenpolitik Europapolitik“ sei. Es sei einer der Grundsätze der EU, die Gleichstellung von Mann und Frau zu fördern.

Kluft zwischen Realität und Gesetz

Zur Gleichstellung sei bereits einiges auf den Weg gebracht worden: Mit DAPHNE wurde ein EU-Programm



Die Europa-Abgeordnete Angelika Niebler (CSU): „2007 soll in der EU das Jahr der Chancengleichheit für alle werden.“

Foto: tobis

geschaffen, das Gewalt in Familien und gegen Frauen bekämpft. Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL habe es sich zum Ziel gesetzt, die Chancengleichheit und Gleichbehandlung in Beschäftigungsfragen zu verbessern. Mit dem Konzept des „Gender Mainstreaming“ habe man erkannt, dass eine geschlechtsneutrale Wirklichkeit nicht existiert. Daher sollen bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die Interessen

von Mann und Frau berücksichtigt werden.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, so Niebler, hätten die Frauen unter dem Transformationsprozess in den ehemaligen Ostblock-Staaten am meisten gelitten: Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme ging mit der Arbeitslosigkeit Hand in Hand. Zwar sind in allen neuen Mitgliedstaaten Gleichstellungsaspekte formell vorhanden. Dennoch seien diese in der Gesellschaft reell noch nicht vollzogen: So beträgt in der polnischen Industrie der geschlechtsspezifische Lohnunterschied 40 Prozent. Gewalt in der Familie ist in Polen der dritthäufigste Gesetzesverstoß und ein Gesetzentwurf zur Chancengleichheit wurde sogar abgelehnt. Tschechien hat mit der Prostitution zu kämpfen und in Parlament und Senat beträgt der Frauenanteil nur 14 Prozent. Besonders schlecht schneidet der potenzielle Beitrittskandidat Türkei ab: So können 25 Prozent der Türkinnen weder lesen noch schreiben. Zwischen 1999 und 2004 ist die Beschäftigungsquote von Frauen von 34 Prozent auf 22,5 Prozent gesunken.

Chancengleichheit

In allen neuen Beitrittsländern sei festzustellen, dass durch die Verschlechterung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse die häusliche Gewalt zugenommen hat. Zukünftige Vorhaben stehen bereits fest: 2007 soll in der EU das Jahr der Chancengleichheit für alle werden. Der Vorrang liegt dann auf der Bekämpfung von Diskriminierung. Ziel sei es, die diesbezügliche Gesetzeslage in den einzelnen Staaten vollständig umzusetzen. ■

Tobias Schickhaus

Ursachen – Akteure – Bekämpfungsstrategien

New York, Washington, Istanbul, Madrid, London – seit den Terroranschlägen im September 2001 und spätestens seit denen in Spanien im März 2004 zählt die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zu einer der Kernaufgaben der deutschen Sicherheitsbehörden. Dabei gilt die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr nur als Rekrutierungs- und Planungsregion, sondern rückt zunehmend als potentielltes Anschlagziel ins Visier. Verhaftungen, wie sie beispielsweise in Berlin und Augsburg stattgefunden haben, verdeutlichen die Gefahr möglicher Anschläge. Die Bedrohung für die innere Sicherheit Deutschlands liegt auf der Hand.

Was sind die Ursachen für den islamistischen Terrorismus? Welche Gruppierungen sind weltweit aktiv? Wer sind die Akteure? Welche Bekämpfungsstrategien setzt die Polizei hier zu Lande ein? Diesen und weiteren Fragen widmete sich eine Tagung unter der Leitung von Jürgen Weber in Zusammenarbeit mit dem bayerischen Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft e.V..

Die im Strategischen Innovationszentrum des Bayerischen Landeskriminalamts tätige Islamwissenschaftlerin Christiane Nischler erläuterte ausführlich, dass es *den* Islam nicht gibt, und verneinte nachdrücklich einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen Islam und Terrorismus. Gewalttaten im Namen der islamischen Religion sind vielmehr das Ergebnis einer politischen Instrumentalisierung und einer spezifischen Interpretation eines angeblich goldenen Zeitalters des Islam, zu dem bestimmte Gruppen von Muslimen zurück wollen. An diesem Punkt kann eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus ansetzen. Ausführlich setzte sich die Referentin mit den historischen Wurzeln des Islam im Gebiet des heutigen Saudi-Arabiens auseinander. Dort wurde der Prophet Mohammed als Sohn eines Kaufmannes geboren und wuchs in einer traditionellen Stammeskultur auf. Ihm offenbarte der Erzengel Gabriel den Koran als das unmittelbare Wort Gottes, das er in den Mittelpunkt seiner Lehre stellte. Mit seiner Flucht von

Mekka nach Medina (622 n. Chr.) wurde aus dem Privatmann Mohammed eine geistliche Autorität, der Führer einer Gemeinschaft, der die Regeln ihres Zusammenlebens aufstellte und damit das islamische Recht begründete.

Fehldeutung

Oft fehlgedeutet wird der Begriff des *Dijhad*, der meist mit Heiliger Krieg übersetzt wird. Da nach dem Koran nur Gott heilig sein kann, ist dieses Verständnis jedoch falsch – so die Referentin. Im eigentlichen Sinne bedeutet das Wort die Anstrengung, die auf dem Weg zu *Allah* unternommen wird. Unterschieden wird zwischen einem großen und einem kleinen *Dijhad*. Während der große *Dijhad* geistige Anstrengung bedeutet, bezeichnet der kleine *Dijhad* eine Form des Verteidigungskrieges. Nur eine kleine radikale Minderheit versteift sich darauf, den Begriff als Aufforderung zum Kampf gegen die Ungläubigen zu verstehen, indem sie einzelne Suren des Koran aus dem Zusammenhang reißt. Eine verbindende Einheit stellen für alle gläubigen Muslime die fünf Säulen des Islams dar: das Glaubensbekenntnis, das Pflichtgebet, die Almosengabe, das Fasten im Monat Ramadan und die Wallfahrt nach Mekka.

Im Reformislam sieht Nischler den Schritt vom Islam zum Islamismus (= islamischer Fundamentalismus plus politischer Anspruch auf die Eroberung der Macht in den verschiedenen

arabischen Ländern). Maßgeblich ist dabei die Gründung der Muslimbruderschaft in Ägypten im Jahr 1928. Diensten, die der Staat nicht mehr leisten konnte (Bereitstellung von Schulen, Krankenhäuser) nahm sich diese Massenbewegung an. Zielgruppe war das städtische Kleinbürgertum und die Mittelschicht. Neben karitative Komponenten traten militärische Mittel ab den 1940er Jahren, wie etwa im Krieg der arabischen Staaten gegen Israel. Die Muslimbruderschaft besetzte wichtige Positionen im Staat, forderte einen Machtwechsel an der Staatsspitze in Form eines religiösen Oberhauptes sowie die Einführung des islamischen Rechts. Das zentrale Ziel der Muslimbruderschaft ist die Errichtung eines islamischen Staates, in dem Politik und Religion zusammen geführt werden.

Massenphänomen

Wer folgt nun dieser Ideologie? Nischler verwies darauf, dass es sich um ein Massenphänomen handele, bei dem eine breite Bevölkerungsschicht mobilisiert werde. Die neuen Wortführer sind Akademiker aus der Mittelschicht, deren Feindbild die säkulare Herrschaftselite ist, die sie für die Verwestlichung der muslimischen Gesellschaften verantwortlich machen. Der Blick zurück zu den Anfängen des Islam führt zu einer Radikalisierung, die – nicht notwendig, aber eben doch auch – in Gewaltbereitschaft münden kann, vermehrt seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Der von den Führern und Anhängern der Muslimbruderschaft propagierte Gewaltverzicht traf bei verschiedenen Gruppen auf Ablehnung und wurde als Verrat am ursprünglichen Glauben gewertet. Als bald reagierten diese Kritiker mit Mordanschlägen gegen arabische Politiker (1981 Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat) und Terrorakten gegen alle „äußeren Feinde“. Afghanistan wurde zum Sammelbecken für gewaltbereite Terroristen,

vergleichbar mit der heutigen Situation im Irak. Nach dem Sieg über die Sowjetunion erweiterte sich das Feindbild. Der Westen und dessen Zivilbevölkerung wurden als neues Ziel ins Visier genommen.

500 Gewaltbereite

Waldemar Kindler, Leiter der Abteilung Innere Sicherheit und Ordnung im Bayerischen Innenministerium, befasste sich ausführlich mit der Bedrohungssituation in Bayern durch den islamis-

Deutschland zunehmend in den Focus rücken lässt. Die Sicherheitsbehörden in Bayern gehen von etwa 5.500 islamistischen Extremisten aus. Von diesen sind etwa 500 bereit, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele in ihren Heimatländern, aber auch in Deutschland einzusetzen.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden diese Überlegungen und Erkenntnisse in lokaler Perspektive vertieft und ergänzt – der Leiter der Kriminalpolizei Mannheim, Gerhard Regele,

hend autonom handeln („Die Attentäter leben unter uns“) und sich zugleich auf ihre „virtuellen“ Führer (Bin Laden u.a.) berufen.

Eher skeptisch fiel die Einschätzung des Experten hinsichtlich der Eindämmung dieser neuen Bedrohung der westlichen Welt und ihrer Bürger aus: letztlich müsse die Überwindung des islamistischen Terrorismus aus der islamischen Welt selbst kommen, indem ein moderater Islam dessen Sympathisanten vom Weg der Gewalt abbringe; die westlichen Gesellschaften



Selbstmordattentäter

Zeichnung: Mester

tischen Terrorismus. Die bayerische Sicherheitsstrategie (so auch in Baden-Württemberg) lautet: rechtsfreie Räume werden nicht geduldet. Konsequente Beobachtungen des islamistischen Extremistenmilieus und ebenso konsequent durchgeführte Ermittlungen seien unabweisbar. Die Annahme, Al-Qaida sei irgendwo, nur nicht in Bayern, sei falsch, was die Festnahme ihres mutmaßlichen „Finanzchefs“ in Echting mit Kontakten nach München und Neu-Ulm im Jahre 1999 belegt. Deutschland zeigt in Ländern wie Afghanistan und auf dem afrikanischen Kontinent eine starke Präsenz, was islamistische Aktivitäten in Bayern und

berichtete über seine Erfahrungen mit islamistischen Gruppierungen –, ebenso im Blick auf den Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität – darüber sprach der Abteilungsleiter im Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Herbert L. Müller – und schließlich auf die internationale Ebene ausgeweitet. So wies der Referatsleiter Terrorismus des Bundesnachrichtendienstes, Michael Hildebrandt, auf die weiter zunehmende Bedrohung der weltweit agierenden islamistischen Terrororganisationen hin, die sich strukturell durch eine wachsende Diversifizierung und Dezentralisierung auszeichnen, weitge-

wiederum müssten alles tun, um die jungen Muslime in ihren Reihen zu integrieren.

Zwei gelungene Beispiele dafür boten die beiden jungen Kriminalbeamten türkischer Herkunft, Bora Sari und Evren Yildirim, die eindrucksvoll ihre persönlichen und beruflichen Erfahrungen in Bayern schilderten. Als gläubiger Muslim betonte Sari, dass der Islam eine Religion der Mäßigung sei – wer den Koran „richtig“ lese, ruhe in seinem Glauben und lehne folglich auch den islamistischen Terrorismus ab. Ein hoffnungsvoller Schluss dieser Veranstaltung. ■

Kathrin Lichtenberg/Jürgen Weber

Großmacht China

Kein Anlass zu Angst oder Euphorie

„Der Aufstieg des Drachen“, „Die nächste Supermacht“ – die aktuelle Berichterstattung über China überschlägt sich. So erschien es umso wichtiger, eine Tagung zu veranstalten, in der sich unter Leitung von Saskia Hieber führende Experten kritisch mit Chinas neuesten außenpolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen auseinandersetzen.

Langfristige Außenpolitik

Die Vortragsreihe eröffnete der Münchner Asien-Experte Peter J. Opitz, der die langfristige Anlage der chinesischen Außenpolitik betonte. Die Wurzeln der „neuen“ Außenpolitik Chinas, deren Grundlagen die „Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“ sind, reichen bis in die 70er Jahre, dem Beginn der Reformpolitik, zurück. Nach der Annäherung an die USA folgte die Aufnahme in die UNO und in den Weltsicherheitsrat. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts nimmt die Bedeutung Chinas und des Verhältnisses zwischen den USA und China zu. China zeigt in vielen Fällen, wie z.B. in der koreanischen Atomkrise, ein kooperatives Verhalten – in anderen Fällen, wie in der Taiwanfrage hingegen eine kompromisslos harte Haltung. China ist gleichzeitig lernfähig und etabliert neue Strategien der Interessensicherung, in Bezug auf Öltransportwege aus dem Persischen Golf und Afrika nach China und Handelsbeziehungen zu anderen asiatischen Staaten.

Keine Duldung der Unabhängigkeit Taiwans

Die Taiwanfrage hatte wie bei jeder China-Diskussion eine besondere Stellung. Opitz nutzte diese Gelegenheit und erklärte die Grundzüge der chine-

sisch-taiwanesischen Beziehungen mit deren Lösungsstrategien. An die Taiwanfrage knüpfte Botschaftsrat Junhui Zhang von der Botschaft der Volksrepublik China in Berlin an. Er erklärte die Grundprinzipien der chinesischen Taiwanpolitik im Hinblick auf das in Peking verabschiedete Anti-Sezessionsgesetz. Zhang betonte, dass die füh-



Peter J. Opitz: gleichzeitig kooperative und kompromisslos harte Haltung in der chinesischen Außenpolitik.



Junhua Zhang: „Seit 1952 findet eine dramatische Änderung der Gesellschaftsstruktur statt.“

Fotos: Hieber

renden Industrieländer die „Ein-China-Politik“ anerkannten und mehrere wichtige völkerrechtliche Dokumente Taiwan als ein Teil Chinas deklarieren. Ein Beispiel wäre das Abkommen von Potsdam.

Pekings Ziel ist die friedliche Wiedervereinigung und daher werde China sich bemühen, die Taiwanfrage im Sinne des bereits in Hongkong angewendeten „ein Land, zwei Systeme“-Prinzips zu lösen. Zusätzlich versucht die Volksrepublik eine engere wirtschaftliche Kooperation zu erreichen, z.B. durch die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen für bestimmte taiwane-

sische Produkte oder Arbeitsgenehmigungen für taiwanesischen Arbeitnehmer. Zhang wies auch auf die große Bedeutung taiwanesischer Investitionen auf dem Festland hin. China verspricht sich von dieser Öffnungspolitik eine Anlehnung Taiwans an das Festland. Der Botschaftsrat machte allerdings auch deutlich, dass die Volksrepublik China eine eventuelle Unabhängigkeitserklärung der „Taiwanbehörde“ oder die Einmischung dritter Staaten keinesfalls dulden wird.

Herausforderungen der Öffnung

Durch den politischen und wirtschaftlichen Wandel findet in China auch ein gesellschaftlicher statt. China und die Chinesen sind den Herausforderungen der Öffnungspolitik, der Verwestlichung und der Globalisierung ausgesetzt. Dominique Schirmer von der Universität Freiburg war mehrmals in China und führte dort soziologische Untersuchungen durch. Die chinesische Gesellschaft war Jahrzehnte durch die kommunistischen Gleichheitsprinzipien geprägt. Durch die wirtschaftliche Modernisierung entstehen, ähnlich wie in Japan, neue materialistische Werte. Dies führt zur Entstehung von sozialen Gegensätzen. Gleichzeitig kommt mit der Verwestlichung die Debatte über asiatische Werte auf und neue Ge-

genbewegungen werden gegründet, die sich um die Erhaltung der Kultur kümmern. Dank der weltweiten chinesischen Diaspora hat die Kultur ein gutes Verbreitungsmedium.

Die Problematik der sozialen Gegensätze erläuterte Junhua Zhang vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Zhang beschrieb die zunehmenden sozialen Konflikte und Einkommensunterschiede. Seit 1952 findet eine dramatische Änderung der Gesellschaftsstruktur statt. Ein Beispiel dafür ist die Zunahme der staatlichen Beamten, aber auch im Zuge der Liberalisierung

eine Zunahme von Privatunternehmen und technischen Experten. Die Zunahme der Wanderarbeiter und der Arbeitslosen stellt wiederum ein massives Unruhepotenzial dar. Die theoretisch klassenlose Gesellschaft hat Zhang in fünf Klassen unterteilt. Diese Klassenteilung richtet sich nicht nur nach dem Einkommen, sondern auch nach dem Ansehen in der Gesellschaft. Die erste Klasse beinhaltet hochrangige Beamte, Kader, Geschäftsführer von Großunternehmen und berühmte Künstler, die letzte Arbeitslose und (ehemalige) Bauern. In China existiert nur ein grobmaschiges Sozialsystem, in das in der Regel auch nur Angestellte von Staatsbetrieben eingebunden sind. Die wachsende Zahl der Arbeitslosen und Rentner ist bereits ein Problem: Die Sozialausgaben steigen jährlich um 10 Prozent, ein faires Sozial- und Rentenversicherungssystem existiert aber nicht.

Pragmatische deutsche Chinapolitik

Angesichts der Probleme und Herausforderungen, aber auch der viel versprechenden wirtschaftlichen Aussichten stellt sich die Frage nach der deutschen Chinapolitik. Hierzu konnte die Akademie mit dem CSU-Bundestagsabgeordneten Klaus Rose einen „Praktiker“ gewinnen, der häufig in die Region reist und sich aktiv als Mitglied des Deutschen Bundestages in die Chinapolitik einschaltet. Die Chinapolitik läuft im Zuge der drei Asienkonzepte der Bundesregierung und der neuen Asienstrategie der Europäischen Union. Diese Dokumente bilden jedoch nur einen Rahmen, je nach Situation wird pragmatisch gehandelt. Ein Beispiel ist die Taiwanpolitik: Die Bundesrepublik unterhält diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik seit deren Aufnahme in die UNO. Allerdings hat sie auf wirtschaftliche Beziehungen mit Taiwan nicht verzichtet, obwohl wiederum hochrangige Regierungsvertreter keine Taiwanreisen unternehmen. Der Austausch findet hier auf einer unteren Ebene statt. Die Bundesrepublik folgt der Politik des gemeinsamen europäischen Waffenembargos gegen China. Der Bundestag hat auch im Hinblick auf die

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten den Antrag des Bundeskanzlers, das Waffenembargo aufzuheben, zum Scheitern gebracht.

Markus Taube (Universität Duisburg) behandelte die Problematik des chinesischen Wirtschaftswunders. Seit Ende der 70er Jahre erfährt China ein konstantes Wachstum, das auch durch ge-



Markus Taube: „Das chinesische Wirtschaftswunder ist mit sehr vielen Risikofaktoren verbunden.“

lockerte Auflagen für ausländische Investoren erhalten wird. Diese werden z.B. durch niedrige Lohnkosten (etwa 0,80 US-Dollar pro Stunde und damit 30 Mal niedriger als in Deutschland) angelockt. Die Löhne werden im Unterschied zu anderen Ländern noch relativ lange auf diesem niedrigen Niveau bleiben – sie sind durch das Bevölkerungswachstum „gesichert“.

Das chinesische Wirtschaftswunder ist aber mit sehr vielen Risikofaktoren verbunden. Die größten Risiken resultieren einerseits aus den immer noch vorhandenen Strukturen staatlicher Lenkung, andererseits auch aus einem Mangel an staatlich-zentraler Kontrolle und zunehmender sozialer Disparität. Skrupellose und kurzsichtige Provinzpolitiker und Firmenchefs können, wie das Beispiel eines Stahlwerks in Jiangsu zeigt, großen Schaden anrichten.

Ein weiteres Problem sind die „faulen“ Kredite (non performing loans). Sie entstanden, weil entweder nicht ausreichende Sicherungen verlangt wurden oder die Bank gezwungen wurde, ein

unrentables Staatsunternehmen am Leben zu erhalten. Die Umweltverschmutzung sollte auch als eines der vielen Risiken betrachtet werden.

Gemeinsame Projekte

Trotz dieser Risiken sorgt China für etwa ein Viertel des deutschen Wirtschaftswachstums. Zu diesem Thema berichtete Lüder Paysen, ehemaliger Leiter „Neue Märkte Asien“ der BMW AG. Ab 1983 wurden die ersten Joint-Ventures zwischen westlichen und chinesischen Firmen gegründet. Die Automobilindustrie wurde eines der Kernbereiche für gemeinsame Projekte. Ende der 90er Jahre wurde die Automobilpolitik durch die Zentralregierung dereguliert. Die chinesischen Unternehmen sollten sich der internationalen Konkurrenz stellen. Dabei spielen drei staatlich geförderte Unternehmen (FAW, SAIC, Dong-Feng) eine besondere Rolle. Die SAIC ist heute auf der „Fortune 500 Liste“ der erfolgreichsten Unternehmen. Paysen warnte vor der Blauäugigkeit mancher westlicher Unternehmen in China. Er zeigte ein chinesisches Auto, das an eine Mischung eines BMW- und eines Mercedes-Modells erinnert. Einige chinesische Unternehmer drängen die ausländischen Investoren aus Joint-Ventures systematisch heraus. Sie behalten dabei das wertvolle Know-how. Der kurzfristige Erfolg der westlichen Unternehmen wird dadurch zum langfristigen Erfolg der chinesischen Joint-venture-Partner. BMW nahm erst im Jahr 2000 direkte Verhandlungen mit chinesischen Partnern auf. Mit dem Wunschpartner, der Firma „Brilliance“, wurde nach zahlreichen Problemen 2003 ein Werk im nordchinesischen Shenyang fertig gestellt.

Fazit: China ist eine wirtschaftliche und politische Großmacht. Als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation zeigt es großteils eine verantwortungsvolle Politik, muss aber auch noch den Anschluss an den Weltmarkt, bzw. die Weltwirtschaft bewältigen. Sowohl zur Angst vor dem „chinesischen Drachen“ als auch zur blauäugigen Euphorie besteht kein Anlass.

■ Michal Broska / Saskia Hieber

„Der Rationalität in der Politik mehr Unterstützung geben“

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter über die Schwerpunkte seiner dritten Amtszeit

Report*: Herr Oberreuter, wenn Sie zurückschauen auf die letzten 12 Jahre als Akademiedirektor – was ist herausragend für Sie gewesen?

Heinrich Oberreuter: Am wichtigsten scheint mir das jährliche Planungsgespräch mit dem Kollegium zu sein. Dabei werden die Schwerpunkte gesetzt, die sich aus der aktuellen Lage ergeben, und die nach Möglichkeit auch umgesetzt werden sollen. Interessant ist, dass sich in der Rückschau

Welches sind diese grundlegenden Themen?

Gerade in meiner Anfangsphase hier haben wir eine intensive Beschäftigung mit der Zeitgeschichte auch jenseits des Nationalsozialismus erlebt. Die Akademie hat sich seit damals bundesweit als Ort der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit profiliert – frei von politischen Opportunitäten. Dann muss ich erwähnen die Probleme unseres politischen Systems ein-

Durch ihre kontinuierliche Arbeit. Zusätzlich versuchen wir mit einem bestimmten Tagungstyp Menschen anzusprechen, die bisher nicht zu unseren Kunden gehörten und der Politik und der Akademie bislang eher fern stehen. Diese Versuche werden wir fortsetzen.

Sind dies auch die Themenfelder der Zukunft?

Ja, und wichtiger noch als die genannten Themen sind die Fragen der politischen Ethik: Die Grundwerte und ihre Aktualisierung, das Humanum in der Politik, die Rolle der Gerechtigkeit und das Problem der menschenwürdigen Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung und des Sozialstaates. Speziell dazu haben wir eine Symposionsreihe aufgelegt, die fortgesetzt wird.

Ist denn die Politik überhaupt bereit, der politischen Bildung die nötigen finanziellen Mittel bereit zu stellen?

Ich glaube nicht, dass sich die Politik der Bedeutung der politischen Bildung gänzlich bewusst ist. Die Politik ist selbstbewusst – auch wenn sie dazu nicht immer Anlass hat. Aber gerade der selbstbewusst Agierende sieht häufig nicht, dass

man heute wieder argumentierend für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten muss. Es gibt Herausforderungen, die über Politikverdrossenheit und Zweifel an der Leistungsfähigkeit unseres politischen Systems und seiner Eliten hinausgehen. Da sind zu nennen die Europa-Skepsis, die Radikalisierung an den politischen Rändern und eine „political correctness“, die gelegentlich seriöse Probleme tabuisiert. Über diese



Aus den Händen von Bayerns Kultusminister Schneider (links) erhielt Heinrich Oberreuter die Ernennungsurkunde für seine dritte Amtszeit. Foto: STMUK

gar nicht so viele neue Akzente ergeben, weil die grundlegenden Themen auch schon vor zehn Jahren erkennbar waren. Ein besonderer Akzent ist natürlich die Etablierung der Akademiegespräche im Bayerischen Landtag.

schließlich seiner Steuerungsfähigkeit unter den Bedingungen der Internationalisierung und Globalisierung. Drittens ist zu nennen der substantielle Vertrauensschwund in die politischen Institutionen, der die Akademie als Einrichtung der Demokratieerziehung besonders herausfordert.

Wie reagiert die Akademie auf diese Herausforderung des Vertrauensschwunds?

*Die Fragen stellte Michael Schröder

Probleme spricht man mit der Politik eigentlich nicht. Von dort kommt kein Anstoß. Politik hat die einmalige Chance, die Leute in der Schule abzuholen, nimmt diese Chance aber nicht ausreichend wahr. Sie würde sich viel leichter tun, wenn sie dort, wo sie es bestimmen kann, der Rationalität in der politischen Auseinandersetzung mehr Unterstützung geben würde.

Hat politische Bildung in der Schule den richtigen Stellenwert?

Eben nicht. Es gibt immer wieder Bestrebungen, die politische in der historischen Bildung aufgehen zu lassen. Das zeugt nicht von großer Kompetenz. Historische Bildung ist natürlich unersetzlich. Aber auch das Politische hat seinen eigenen, keineswegs nachrangigen Stellenwert. Beide sind aufeinander bezogen, sind ohne einander unfruchtbar. Beide haben aber auch ihre eigene Bedeutung.

Aufgaben für diese Akademie gibt es offenbar genug – ist damit aber automatisch die Perspektive unserer Arbeit gesichert?

Egal, wie das politische Umfeld ist: eine Institution wie diese muss sein. Sie hat die wichtigen Themen nicht nur zu beschreiben. Sie müsste auch Themen setzen. Sie hat vom gesetzlichen Auftrag her eine Bringschuld. Sie muss die neue Medienwirklichkeit nutzen und mehr auf die Öffentlichkeit zuge-



Heinrich Oberreuter: „Wir müssen nach außen deutliche Akzente eines Programmprofils setzen.“

mer für die klassische Tagung wird problematischer. Die Fragen nach der Bewährung und der Angemessenheit der Methoden unserer Arbeit stellen sich immer wieder. Ich halte es für falsch, eine solche Akademie nur aus Gründen der Nostalgie zu finanzieren.

Ist Akademiewerk im Zeitalter der Mediendemokratie und Polit-Talks noch zeitgemäß?

Angesichts der Oberflächlichkeiten und Aufgeregtheiten der Mediengesellschaft ist unsere Arbeit ein vernünftiges Gegengewicht. Wir stellen der

strieren würden. Aber wir sind ja schließlich eine Akademie für Multiplikatoren. Ich hoffe, dass die in Zukunft nicht auch nur noch fernseh-sozialisiert werden.

Gibt es so etwas wie ein Regierungsprogramm des alten und neuen Akademiedirektors für die dritte Amtsperiode?

Wir müssen die genannten Schwerpunkte aktuell halten und nach außen deutliche Akzente eines Programmprofils setzen. Wir müssen verstärkt das Instrument der Außentagung nutzen und die Infrastruktur des Hauses verbessern. Dazu zählt vor allem die Errichtung eines zweiten, modernen Hörsaalgebäudes.

Verraten Sie unseren Lesern, wie lange Ihre dritte Amtszeit dauert?

Ich bin auf sechs Jahre berufen. ■

(siehe Presseschau Seite 38)

„Angesichts der Oberflächlichkeiten und Aufgeregtheiten der Mediengesellschaft ist unsere Arbeit ein vernünftiges Gegengewicht.“

Heinrich Oberreuter

hen. Wir müssen uns auch durch mehr themenbezogene Forschung positionieren – wie es das Akademiegesetz vorsieht. Wir müssen darüber nachdenken, wie man die möglichen Kunden für unsere Veranstaltungen anspricht. Die Rekrutierung potentieller Teilneh-

Oberflächlichkeit Vertiefung und Rationalität entgegen. Dies ist fast eine eitle Hoffnung angesichts der Tatsache, dass wir *pro Jahr* einige Tausend Zuhörer erreichen, die elektronische Medien für eine *einzige Sendung* als nicht mehr messbare Einschaltquote regi-

Marathonläufer mit Leidenschaft für Italien

Stefan Köppl kommt von der Universität Passau nach Tutzing

Seit September ist Stefan Köppl der neue Persönliche Referent von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter. Daneben betreut er das Arbeitsgebiet „Parteien- und Parlamentarismusforschung“. Wir stellen den 30-jährigen Politikwissenschaftler und „Benjamin“ im Kollegium im Gespräch vor. *

Report: Herr Köppl, ich höre, dass Sie ganz offensichtlich die bayerische Komponente im Kollegium wieder etwas stärken.

Köppl: Ich bin ein Gewächs des schönen Bayerischen Waldes. Ich stamme aus Regen und habe dort glücklicherweise meine Kindheit verbringen dürfen. Landschaftlich habe ich mich aber hier am Starnberger See nicht verschlechtert.

Welche waren die Stationen Ihrer Ausbildung?

Nach dem Abitur bin ich zur Bundeswehr gegangen und dort Reserveoffizier geworden. Nach zwei Jahren habe ich mich allerdings entschlossen, nicht den Rest meines Lebens in Uniform zu verbringen.

Wo haben Sie studiert?

Ich habe in Passau, Heidelberg und München studiert. Ich bin dann wieder nach Passau zurückgekehrt, weil mich doch die kleine Universität sehr gereizt hat.

Was kam nach dem Studium?

Nach dem Examen war ich drei Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Oberreuter tätig.

Ist die besondere Arbeit und Aufgabe unserer Akademie etwas Neues für Sie?

Ich habe es jetzt mit einer nicht mehr ganz so jungen Klientel wie an der Universität zu tun. Die Arbeit mit Men-



Stefan Köppl

Foto: Marquardt

schen, die mitten im Berufsleben stehen, ist schon etwas Neues für mich.

In welchem Umfang werden Sie denn auch für unsere Akademiegäste als Tagungsleiter in Erscheinung treten?

Ich möchte auf jeden Fall eigene Tagungen anbieten und auch mit Kollegen gemeinsam Programme entwickeln. Ich hoffe, dass sich meine Arbeitszeit etwa in zwei gleiche Hälften aufteilt.

Welches sind Ihre speziellen Arbeitsgebiete?

Der Blick über den Tellerrand interessiert mich besonders: die vergleichende Betrachtung politischer Systeme. Das ist mein großes Steckenpferd – über den Vergleich zu Generalisierungen zu kommen oder auch zu Anregungen für den „Fall Deutschland“, zum Beispiel auf dem Feld der inneren Reformpolitik. Auch die Europäische Union hat mich immer interessiert und ich hoffe, hier in Tutzing dazu etwas anbieten zu können. Mein größtes wissenschaftliches Hobby ist allerdings Italien – das heißt aber nicht, dass es in Tutzing jetzt jedes Jahr ein Italienseminar gibt.

Wird es denn in absehbarer Zeit ein Italienseminar geben?

Die Italiener werden im Frühjahr 2006 wählen. Die Frage stellt sich: Wollen sie Berlusconi behalten? Danach wird es eine Tagung zur Analyse dieser Wahl geben.

Was macht für Sie den speziellen Reiz der Akademiearbeit aus – auch im Gegensatz zur Universität?

Hier ist man viel weniger dem Mehltau der vielen Korrekturen an der heutigen Massenuniversität ausgeliefert. In der Akademie kann der Kontakt mit allen möglichen Referenten und Experten aus vielen unterschiedlichen Bereichen gepflegt werden. Dazu hat man an der Universität nur begrenzt Gelegenheit.

Gibt es alte Arbeitskontakte, die Sie in die Akademie einbringen und für uns nützen können?

Ich kenne viele Kollegen von verschiedenen Universitäten, die ich hier gerne als interessante Referenten einsetzen möchte.

Ist der Abschied von Passau schwer gefallen?

Ich habe mich auch außerhalb Passaus immer sehr wohl gefühlt und schnell eingelebt. Aber in fünf Jahren baut sich schon ein Freundes- und Kollegenkreis auf, den ich ungern zurückgelassen habe. Aber es musste sein.

Pendeln Sie zwischen Passau und Tutzing oder ist der Starnberger See jetzt Lebensmittelpunkt?

Tutzing ist jetzt mein Arbeits- und Lebensmittelpunkt. Aber ich gebe Passau nicht verloren. Im Wintersemester habe ich dort noch einen Lehrauftrag.

Was reizt Sie an der Umgebung der Akademie?

Ich kann hier sehr viel besser meinem Hobby, dem Laufen, frönen als zum Beispiel in München. Ich habe bereits zwei Marathonläufe mitgemacht und möchte jedes Jahr mindestens einen Marathon laufen. ■

*Das Gespräch führte Michael Schröder

Internationale Erfahrung nutzbar machen

Wolfgang Quaisser übernimmt das Arbeitsgebiet Wirtschafts- und Sozialpolitik

Seit Oktober ist Dr. Wolfgang Quaisser als neuer Dozent im Kollegium zuständig für das bislang von Prof. Dr. Peter Hampe betreute Arbeitsgebiet Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zu Beginn seiner Arbeit in der Akademie führten wir ein Gespräch* mit dem 50-Jährigen Volkswirtschaftler. Er stammt aus Hessen, ist verheiratet und lebt und arbeitet seit vielen Jahren in München.

Report: Herr Quaisser, von welcher Institution wechseln Sie zu uns nach Tutzing?

Quaisser: Ich war 18 Jahre am Osteuropa-Institut in München beschäftigt, zunächst in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung zuständig für Polen. Im Laufe der Zeit trat die vergleichende Analyse in den Vordergrund meiner Tätigkeit. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs kam die Transformationsforschung dazu. Später standen die Fragen der EU-Osterweiterung sowie die wirtschaftlichen Probleme der Vertiefung und Erweiterung der EU im Mittelpunkt meiner Arbeit.

Welche Ausbildung haben Sie?

Ich bin Agrarökonom und habe gleichzeitig auch Politikwissenschaft studiert. Sehr bald verschob sich meine Tätigkeit immer mehr in Richtung Volkswirtschaft. So war ich fünf Jahre lang wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Volkswirtschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt/Main bei Prof. Jiri Kosta.

War Ihre bisherige Tätigkeit eher Forschung oder eher Lehre?

Meine Tätigkeit lag eher in der empirischen Wirtschaftsforschung mit der Fragestellung, wie aus einer Plan- eine Marktwirtschaft wird mit all den Problemen des Übergangs. Aber ich war auch in der Lehre tätig – sowohl an der Universität Frankfurt, der TU München als auch in den USA.

Sie bringen internationale Erfahrung mit – in welchen Ländern haben Sie schon gearbeitet?

Bereits in den 80er Jahren hielt ich mich im Rahmen meiner wissenschaftlichen Tätigkeit regelmäßig in Polen auf und war zweimal mit Prof. Kosta in der Volksrepublik China. Ein Jahr lang habe ich an der Portland State University in Oregon als Associate Professor gelehrt. Dort war ich auch – unterstützt durch die Alexander v. Humboldt-Stiftung – zusammen mit einem amerikanischen Kollegen in der Forschung tätig.



Wolfgang Quaisser

Foto: privat

Werden sich Ihre zukünftigen Schwerpunkte in unserer Akademie an die früheren Arbeitsfelder anlehnen oder machen Sie bei uns etwas ganz Neues?

Natürlich werde ich die eine oder andere Tagung auch in diesem Bereich durchführen. Aber als Schwerpunkt habe ich mir das Thema die „Soziale Marktwirtschaft Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb“ gesetzt. Damit sind alle Fragen von wirtschafts- und sozialpolitischer Relevanz angesprochen.

Welche konkreten Pläne haben Sie für die nächsten Monate?

Ich werde mit Prof. Oberreuter und dem polnischen Generalkonsulat eine Tagung zur neuen EU-Ostpolitik durchführen. Dabei geht es vor allem um die Perspektiven der Integration der osteuropäischen Länder, die noch nicht im Beitrittsprozess sind. Im Frühjahr stehen Tagungen zur Arbeitsmarktpolitik, zur De-Industrialisierung und zur Sozialstaatskonzeption der neuen Bundesregierung auf dem Programm.

Sie bringen ein Netzwerk von Erfahrungen und Kontakten mit.

Ja, im Bereich der Universität, des Osteuropa-Instituts und vieler verschiedener Institutionen, in denen ich Mitglied bin oder an denen ich schon Vorträge gehalten habe. Dazu kommen die Wirtschaftsforschungsinstitute und die politischen Stiftungen.

Was reizt Sie an der besonderen Arbeit und Aufgabe der Akademie mit ihrem breiten Themenangebot, unterschiedlichen Seminartypen und bunt gemischten Tagungsgästen?

Mich reizt, die Lehrtätigkeit stärker zu akzentuieren und meine Forschungsergebnisse sowie diejenigen von Kollegen zu vermitteln. Dabei wird sich für mich die Bandbreite der Themenbereiche, mit denen ich mich beschäftige, vergrößern. Das ist eine allgemeine Horizonsweiterung, die ich für sehr positiv halte, nach über 25 Jahren in der Forschungsarbeit.

Bleibt noch Zeit für eigene Forschungsarbeiten?

Ich muss sehen, wie sich alles einspielt. Aber ich habe die feste Absicht und hoffe es.

Mit einem Drittel Ihrer Arbeitszeit bleiben Sie am Osteuropa-Institut?

Ja, das ermöglicht mir, in der Forschung am Ball zu bleiben, was sich auch für meine Tätigkeit hier positiv auswirken wird. ■

*Die Fragen stellte Michael Schröder

Unaufdringlicher und kompetenter Ratgeber

Otto B. Roegele verstorben

Prof. Dr. Dr. Otto B. Roegele, ehemaliger Kurator unserer Akademie, ist am 7. September 2005 in seinem 86. Lebensjahr in Bergisch-Gladbach verstorben. Der zweifach promovierte Kommunikationswissenschaftler, Mediziner und katholische Publizist Roegele wurde 1920 in Heidelberg geboren. Er studierte Philosophie, Geschichte und Medizin. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs arbeitete er in Heidelberg und Mannheim als Arzt und für den „Rheinischen Merkur“ zugleich als Journalist. 1949 wurde er Chefredakteur der Zei-

tung und ab 1963 Herausgeber des Blattes. Im selben Jahr übernahm er an der Universität München die Professur für Zeitungswissenschaft und damit die Leitung des „Instituts für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft)“. 1985 wurde er emeritiert. Papst Johannes Paul II. ernannte Roegele wegen seiner Verdienste um die katholische Publizistik im Jahre 2000 zum Komturritter des Gregoriusordens. Der „Rheinische Merkur“ ehrte seinen Herausgeber zum 80. Geburtstag durch die Errichtung einer Otto-B.-Roegele-Stiftung zur Förderung von

Forschungsprojekten auf dem Gebiet der Kommunikation. Roegele war auch einer der Gründungsväter des Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses in München, ferner gehörte er der deutschen UNESCO-Kommission und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an und war Berater der Publizistischen Kommission der deutschen Bischofskonferenz. Akademiedirektor Prof. Heinrich Oberreuter würdigte den Verstorbenen im „Rheinischen Merkur“:

Standpunkt und Standfestigkeit

Frühzeitig hat Otto B. Roegele darauf hingewiesen, dass die „strukturbedingte Neophilie der Massenmedien“ das künstlich dynamisierte Bild einer sich rastlos verändernden Welt vermitteln. Damit war der Schlüssel für Aufregungszyklen und Oberflächlichkeiten des politisch-medialen Komplexes gefunden, unter denen wir leiden. Große Theorien waren Roegeles Sache nicht. Praxis und Geschichte der Kommunikation interessierten ihn. Er ist ein großer Anreger empirischer Forschung gewesen – nicht zuletzt auch über journalistische Selbst- und Berufsbilder. Geschliffen war sein Vortrag: eine Oase in der verbalen akademischen Ödnis. Als akademischer Lehrer war er vorbildlich und – trotz der bitteren Erfahrung mit den Münchner Ablegern der RAF – bei aller äußeren Distanziertheit den Studierenden zugetan. Wertschätzung äußerte er nüchtern, nicht Hierarchien, sondern der Kraft des Arguments verpflichtet. Kollegialität bemaß er nicht nach Ämtern. In Gremien war es ein Vergnügen, am gleichen Strang zu ziehen, gerade auch

in der Publizistischen Kommission der Bischofskonferenz. Als Kurator der Tutzinger Akademie war er ein ebenso unaufdringlicher wie kompetenter Ratgeber. Otto B. Roegele hat wie selten einer und wie selbstverständlich im Pluralismus gelebt. Er besaß Standpunkt und Standfestigkeit, tolerierte aber auch Gegenpositionen und ließ sie

zu Wort kommen. In seinem Umfeld schuf er damit ein vorbildlich offenes Klima. Aber verbogen hat er sich deswegen nicht – und auch Konflikte nicht gescheut, wo er sie für nötig hielt. Es gibt nicht mehr viele seines Formats. ■

Heinrich Oberreuter



Unser ehemaliger Kurator Prof. Dr. Dr. Otto B. Roegele 1920 – 2005

Foto: Rheinischer Merkur

Bernhard Schreyer / Manfred Schwarzmeier:
Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme
 Lehrbuch, 2., durchgesehene Auflage Juli 2005
 VS Verlag für Sozialwissenschaften, ISBN 3-531-33481-6
 242 Seiten, 17,90 Euro

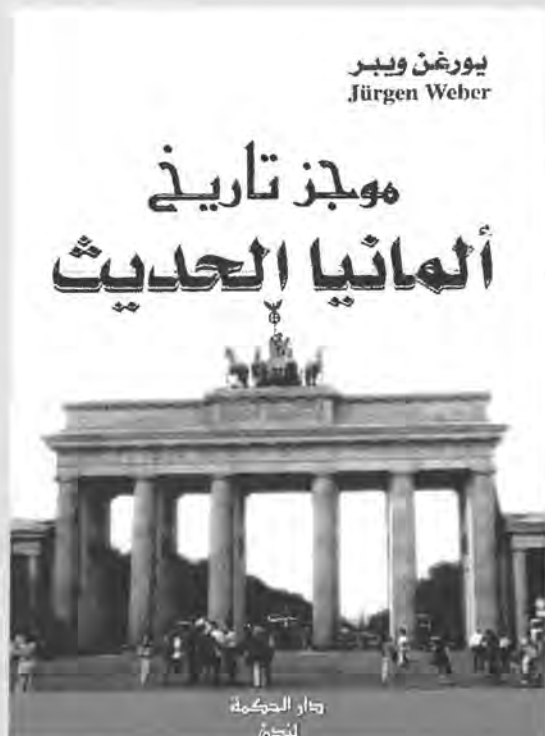
Das Buch richtet sich vor allem an Studienanfänger, die sich mit der Politikwissenschaft beschäftigen, sei es im Magister-, Diplom- oder Lehramtsstudium. Darüber hinaus kann es auch in anderen Bereichen der politischen Erwachsenenbildung sinnvoll eingesetzt werden.

Der Grundkurs vermittelt einen ersten Eindruck von der Funktionslogik politischer Systeme. Die Intention kann jedoch im Rahmen dieser Einführung nicht darin bestehen, eine erschöpfende Darstellung der behandelten Themenbereiche zu liefern. Vielmehr geht es darum, dem Studienanfänger einen Leitfaden für den ersten Studienabschnitt an die Hand zu geben, der ihm die grundlegenden Fragestellungen der Analyse politischer Systeme vorstellt. Die Auswahl der Definitionen und Funktionskataloge erfolgte entlang des systemtheoretischen Ansatzes und erhebt deshalb nicht den Anspruch auf allgemeine Gültigkeit. Darüber hinaus kann das Buch auch zur systematischen Wiederholung politikwissenschaftlicher Grundbegriffe bzw. Grundkenntnisse und zur Vorbereitung auf Prüfungen genutzt werden.

Absicht ist es, einen studienorientierten Ansatz zu verfolgen, der sich u.a. im systematischen Aufbau, der grafischen Aufbereitung und in umfangreichen Informationshinweisen ausdrückt.

Bernhard Schreyer
 Manfred Schwarzmeier
**Grundkurs
 Politikwissenschaft:
 Studium der
 politischen Systeme**
 Eine studienorientierte Einführung
 2., durchgesehene Auflage

LEHRBUCH



Jürgen Weber (Hrsg.)
**Kleine Geschichte Deutschlands
 seit 1945** (dtv 2. Auflage, München 2002)
Arabische Ausgabe

Dar Alhikma Publishing and
 Distribution, London 2005, 420 S.

Es ist eine besondere Anerkennung für die publizistische Leistung von Jürgen Weber, dass die 2002 im Deutschen Taschenbuch Verlag erschienene „Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945“ inzwischen auch in einer englischsprachigen Ausgabe der renommierten Central European University Press vorliegt.

Das Buch behandelt die Periode der Nachkriegszeit vom deutschen Zusammenbruch 1945 bis zur Wiedervereinigung 1990. In zwölf Kapiteln, denen sich noch kürzere Betrachtungen über die seither aufgetretenen Transformationsprobleme bei der Integration der ehemaligen DDR anschließen, stellt Weber sehr klar und verständlich die zentral wichtigen Vorgänge und Entwicklungen im geteilten Deutschland dar. Im ersten Kapitel über die Besatzungszeit von 1945 bis 1946 stehen die Geschehnisse noch in einem gesamtdeutschen Rahmen, während bereits das zweite Kapitel, das die Periode nach dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 behandelt, die voranschreitende Spaltung bereits deutlich widerspiegelt. Von da an stehen sich jeweils parallele Kapitel West und Ost gegenüber, deren zeitliche Abgrenzung

Jürgen Weber

Germany 1945 - 1990. A Parallel History

Budapest/New York: Central European

University Press 2004, 289 Seiten, 44,95 Euro

freilich nicht genau identisch ist, weil die Entwicklungen von auseinandergehenden Vorgängen im Innern und im Kontext des Westens bzw. Ostens bestimmt wurden.

Chronologien, die jedem Kapitel beigegeben wurden, erleichtern den Überblick und lassen das Buch auch zum Nachschlagen geeignet erscheinen. Eine ausgewählte Bibliographie am Ende des Buches erlaubt es dem Leser, ihn näher interessierenden Zusammenhängen durch zusätzliche Lektüre nachzugehen. Insgesamt handelt es sich um ein Werk, das einem breiten Publikum, vor allem auch im Ausland, einen hervorragenden Überblick über die deutsche Nachkriegsgeschichte gibt und es bei Bedarf an eine vertiefte Beschäftigung damit heranführt.

Gerhard Wettig in:

Deutschland Archiv 5/2005, S. 957

Michael Schröder / Axel Schwanebeck (Hrsg.):

Zeitungszukunft – Zukunftszeitung.

Der schwierige Gang der Tagespresse in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts.

München 2005, Verlag Reinhard Fischer, 190 Seiten, 20,-- Euro.

Stichworte wie Veränderungen der Zeitungslandschaft, Internet, Ausbildung, Kreativität und Zukunftsgeschäft stehen beim Medium Zeitung auf der Tagesordnung. Gegenwärtig blicken Journalisten zurück auf die immensen Umsatzeinbrüche der vergangenen Jahre und nicht wenige ängstlich nach vorne in eine ungewisse Zukunft.

Dieses Buch macht Mut, sich der aktuellen Situation zu stellen. Dazu bringen Fachleute ihre Ideen und Erfahrungen ein. Ohne rosarote Brille, dafür mit lebensnahen Praxisbeispielen warten die Wissenschaftler, Chefredakteure, Verleger und Manager auf. Es werden u.a. neue Formen der Journalistenausbildung wie das Passauer Modell, kreative Veranstaltungsmagazine

wie der „Erwin“ der Neuen Westfälischen, das Call-Center der Augsburger Allgemeinen und die Buchreihe der „Süddeutschen Zeitung Bibliothek“ vorgestellt.

Auch wenn die Zeiten schwierig sind: „Kopf hoch. Es gibt die Zeitung auch in Zukunft.“ So könnte der allgemeine Tenor des Werkes lauten. Und dieser Optimismus tut richtig gut.

Fazit: Mit Mut der Zeitungszukunft ins Auge blicken. Unbedingter Lesetipp für Journalisten.

Katharina Jording in:

DREHSCHIEBE Nr. 10/2005

Wie Chefs durch die Krise wollen

von Markus Behmer in: *message* 3/2005

(Zur vorgenannten Publikation *Zeitungszukunft - Zukunftszeitung*)

Mit „Zeitungskrise – Krisenzeiten“ hätte der schmale, aus einer gemeinsamen Tagung der beiden Tutzing Akademien (Akademie für Politische Bildung und Evangelische Akademie) hervorgegangene Band noch treffender überschrieben werden können: Haben „die Dinosaurier der Medienlandschaft“ eine Überlebenschance im sich verändernden Kommunikationsmarkt? Und „welche Strategien haben Journalisten und Verleger für die Bewältigung der Krise?“ (S.6) Das sind zwei der Leitfragen, zu deren Beantwortung die Herausgeber einen Beitrag leisten wollen.

Auf den ersten rund 60 Seiten werden – mit einem Griff in die Retorte – vor allem Krisensymptome zusammengestellt. Michael Schröder und Axel Schwanebeck beleuchten, stark auf Angaben aus dem aktuellen Jahrbuch des Zeitungsverlegerverbandes rekurrierend, aktuelle Veränderungen der Zeitungslandschaft, Horst Röper erfasst in einem leicht aktualisierten Nachdruck der letzten seiner regelmäßig in den Media-Perspektiven veröffentlichten Zeitungsmarktanalysen jüngste Konzentrationsentwicklungen. Dann bieten in 13 Beiträgen insbesondere Chefredakteure und Verlagsgeschäftsführer – teils eher in Grußwortform – kleine Einblicke in ihre „Ideenwerkstätten“. Selbstkritik ist dabei selten, vordergründiges Marketing häufiger. So preist Neue Westfälische-Chefredak-

teur Uwe Zimmer seine neu gestaltete, rentable Veranstaltungsbeilage „Erwin“, Münchner Merkur-Chefredakteur Ernst Hebeker setzt auf „Zukunftssicherung durch Heimatnähe“ und ein Kollege von der Augsburger Allgemeinen, Rainer Bonhorst, bekennt sich zur „wunderbaren Arbeit“, dem Leser Gesprächsstoff zu liefern. Gernot Sittner präsentiert als neuen Ansatz der Leser-Blatt-Bindung den „Lesezirkel“ des SZ-Magazins – attraktiv, so betont er, gerade auch als Marketinginstrument – und Süddeutscher Verlag-Geschäftsführer Klaus Josef Lutz bewirbt die neuen Zusatzgeschäfte, angefangen mit „SZ-Bibliothek“ und „Klavier Kaiser“, über die er „mittelfristig zehn bis zwanzig Prozent des Umsatzes“ der SZ Erlösen will. Tagesspiegel-Geschäftsführer Joachim Meinold plädiert schließlich – wenig verwunderlich – für eine Änderung der Pressefusionskontrolle, die bislang die Übernahme der „Berliner Zeitung“ durch seinen „Mutterkonzern“ Holtzbrinck verhindert.

Zeitungskrise? Zukunftszeitung? Computer-BILD-Chefredakteur Harald Kuppek hat ein banales Trostpflasterchen bereit: „Die Zeitung wird nicht so schnell untergehen.“ (S. 73) Den Weg aus der Krise weist das Buch freilich nicht. Immerhin bietet es Einblicke in das Problembewusstsein in Führungsetagen.

MedienRat im Oktober 2005 zum gleichen Buch:

Vier Grundprobleme bzw. zentrale Herausforderungen machen die Herausgeber für die Zeitungslandschaft aus:

- Der Gesamtumsatz geht zurück
- Die Auflagen schrumpfen
- Die Reichweiten sinken
- Der Anteil an der Mediennutzung geht zurück

Diese vier Krisenfelder standen im Mittelpunkt einer Tagung, die von der Evangelischen und der Politischen Akademie in Tutzing durchgeführt worden ist. Der vorliegende Band stellt eine Sammlung der Debattenbeiträge dar.

Im Analyseteil liefern die Beiträge dabei nicht viel Neues, wohl aber einen aktualisierten Stand der Dinge, z.B. Horst Röper – wie immer sehr kompetent – Zusammenfassung über den Stand der Konzentration auf dem Tagespressemarkt. Interessant sind sonst vor allem Einblicke in die Strategien der Zeitungshäuser, und mutige Prognosen, die man auch auf dem Printgipfel der Münchner Medientage gerne hören wird.

Nur ein Beispiel: Harald Kuppek, der als Chefredakteur von ComputerBILD eher einen Blick von außen hat, sieht die Qualitätsblätter auf festem Boden: „Qualitätsblätter werden noch lange auf hohem Niveau existieren. Sie haben die Einführung des Radios, des Fernsehens und des Privatfernsehens überlebt, sie werden auch das Internet überleben. (...)“

Denn das Medium Print hat immer noch klare Vorteile: es braucht keinen Strom, im Gegensatz zu heutigen Displays ist es auch bei Sonnenlicht gut lesbar, und im Flugzeug muss ich es nicht ausschalten.“ (S. 72f.)

Alle hier aufgeführten Argumente könnten allerdings rasch technisch überholt sein: Technisch denkbar wäre schließlich auch ein solarbetriebenes „E-ink-paper“ auf matter, nicht-spiegelnder Folie. ...

Birgit Kruse zum Vortrag von Nikolaus Piper beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag im Juni 2005

in: BAYERISCHE STAATSZEITUNG vom 24. Juni 2005:

Effizienz ist eine Frage der Würde

Ist Hartz IV das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik, die die Würde des Menschen missachtet? Die meisten würden darauf sicherlich spontan mit „Ja“ antworten. Nicht so jedoch Nikolaus Piper, Leiter des Wirtschaftsressorts der Süddeutschen Zeitung.

So drastisch die Einschnitte für den Einzelnen auch sein mögen – Hartz IV zwingt die Menschen dazu, ihre Belange selber in die Hand zu nehmen, sagte Piper. Und das verleihe den Bürgern wieder die Autonomie und Freiheit, die für ein Menschenwürdiges Dasein in einer sozialen Marktwirtschaft nötig sind. Denn nur, wer in Würde leben kann, ist in der Lage, effizient zu sein. „Denn Effizienz und Würde gehen Hand in Hand.“ Viele Menschen, so Piper, glaubten, der Staat müsse für alle Bürger die gleichen Chancen bereitstellen. Doch das sei nicht die Aufgabe des Staates. „Das Niveau der sozialen Absicherung kann nicht unbegrenzt wachsen.“ Dazu müsse man sich erst wieder bewusst machen, „dass wir sehr hohe Ansprüche an unser System stellen“, betonte Piper. Vielmehr gehe es darum, den Menschen das zu geben, was sie brauchen, um aus eigener Kraft weiterzukommen.

Der Passauer Politikwissenschaftler und Direktor der Tutzinger Akademie für Politische Bildung, Heinrich Oberreuter, formulierte es so: „Was sozial gerecht ist, bleibt der politischen Interpretation ausgeliefert.“ Sicherlich brauche der Sozialstaat rechtliche Rahmenbedingungen, um den Schwachen zu helfen. Doch bei der Frage nach einer menschenwürdigen Wirtschaftspolitik gehe es um mehr, als nur um die gerechte Verteilung von Gütern. Es gehe auch darum, dass die Menschen der Eigenkraft und die Dynamik der Wirtschaft vertrauen können. Und sobald es um die Frage des Vertrauens

gehe, sei die Politik gefragt. „Der Staat versucht, uns zu steuern“, sagte Piper. „Und wir wissen nicht mehr, was für einen Sinn das hat.“ Erst, wenn der Bürger Prozesse wie etwa Hartz IV auch wirklich verstehen könne, sei er bereit, sich auf das Land und seine Politik einzulassen, zu investieren und wieder langfristig zu planen. Denn nur ein effizienter Staat, der den Menschen nicht das Gefühl gibt, Steuergelder zu verschwenden, könne die Würde des Einzelnen wahren. Gerade an der Schnittstelle von ökonomischer Kom-

petenz und sozialem Engagement vermutet Landtagspräsident Alois Glück die Wurzel allen Übels. Eigentlich, so Glück, wäre es gerade die Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft, diese beiden Gegensätze miteinander zu verbinden. Doch in den letzten Jahren könne er nur eine Verwässerung dieses Prinzips feststellen. „Viele moralische Debatten werden von der Logik der Zahlen überlagert“, beklagte er. Hinzu komme: Die Grenzen zwischen den Parteien, so Glück, lösten sich zunehmend auf. Die Folge: Politik denke nur noch in Programmen, nicht mehr in Konzepten. Doch gerade das konzeptionelle Denken sei der Schlüssel, um ökonomische Kompetenzen wieder mit sozialem Engagement in Einklang zu bringen.

PASSAUER NEUE PRESSE vom 27. Oktober 2005:

Prof. Oberreuter bleibt Chef der Akademie für Politische Bildung

Schneider: Bundesweit herausragenden Ruf erworben

Der Passauer Politikwissenschaftler Prof. Heinrich Oberreuter bleibt für weitere sechs Jahre Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Kultusminister Siegfried Schneider überreichte ihm gestern in München die Urkunde zur entsprechenden Verlängerung seiner Amtszeit. Oberreuter habe sich auch als Direktor der Akademie für Politische Bildung in den vergangenen zwölf Jahren einen bundesweit herausragenden Ruf erworben. Oberreuter spanne einen „äußerst fruchtbaren Bogen zwischen der Donau und dem Starnberger See“, sagte Schneider. Für den Freistaat sei es ein „Glücksfall“, einen Gelehrten von hohem Rang an der Spitze der Tutzinger Akademie zu wissen, der „seine großen praktischen Erfahrungen und theoretischen Erkenntnisse, seine ausgezeichneten Kontakte und sein herausragendes Ansehen bereitwillig in den Dienst der politischen Bildungsarbeit“ stelle. Schneider würdigte zudem die

Fähigkeit von Oberreuter, der Akademie durch herausragende Vorträge und anspruchsvolle Diskussionen eine hohe Resonanz in der Öffentlichkeit vermittelt zu haben.

Prof. Oberreuter hat seit 1980 einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität Passau und leitet seit 1993 die Tutzinger Akademie. Er unterstrich gestern erneut die Bedeutung der politischen Bildungsarbeit – „im Sinne der Stärkung rationaler Urteilskraft in unserer Welt der zunehmenden Ungewissheiten, Unsicherheiten und Bedrohungen“. Täglich erweise sich, „wie schütter die Kenntnisse über unsere grundgesetzliche Ordnung sind – auch in Medien und Politik“. Somit bleibt weiter viel Arbeit für die 1957 ins Leben gerufene Akademie für Politische Bildung Tutzing, die pro Jahr rund 130 Tagungen und Veranstaltungen mit etwa 3500 Teilnehmern ausrichtet.

(siehe Bericht Seite 30-31)

Isabel Strohschein in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 22. Juni 2005:

Soldat oder „bewaffneter Sozialarbeiter“?

... Der Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg ist geglückt. In der Himmeroder Denkschrift von 1950, an der 15 ehemalige Wehrmachtsoffiziere die Linien für eine neue deutsche Armee definierten, wurden drei Prinzipien festgelegt: Der gewollte Bruch mit der Deutschen Wehrmacht, die Verhinderung einer Armee als „Staat im Staate“ und die Einbindung in das Westbündnis. Dies gilt bis heute. Auch dass Auftrag, Organisation und Verfasstheit der Bundeswehr auf dem Wertekanon des Grundgesetzes basieren, hat nichts an Gültigkeit verloren.

Die Himmeroder Denkschrift war der Anfang der „Inneren Führung“, einem Erfolgskonzept, auf das die Bundeswehr stolz ist. Nur durch die klare Abgrenzung von militärischen Traditionen der Wehrmacht konnte beispielsweise die Wehrgesetzgebung neue rechtliche Grundlagen für Befehl und Gehorsam festlegen, die fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Das Ergebnis: Der „Staatsbürger in Uniform“, dessen sogenannten „Rules of Engagement“ an die Verfassung und das Völkerrecht gebunden sind.

Dieses innere Konzept wird ergänzt durch die äußere Orientierung: Nachkriegs-Deutschland hat nie eine eigenständige Verteidigungsstrategie verfolgt, sondern immer im Bündniszusammenhang gedacht. Die Bundeswehr ist ein Kind der NATO. Teil des Westbündnisses zu sein, war für Deutschland im Kalten Krieg von existentieller Bedeutung. Das hat sich mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes radikal geändert. Die NATO spielt nicht mehr die Rolle wie vor 50 Jahren. Deutschland hat heute die Wahl, seine Bündnisse zu überprüfen, der Konflikt mit den USA um den Irak-Krieg hat das gezeigt. Experten sehen zwar immer noch eine Schnittmenge bei den deutschen und den amerikani-

schen Interessen, aber sie ist deutlich kleiner geworden. Wie weitgehend der Bruch ist, zeigt die Aussage eines Referenten bei einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing zum Thema: „50 Jahre Bundeswehr“: Deutschland sei eines der völkerrechtsfreundlichsten Länder der Welt,

Achim Beyer über die Tagung „15 Jahre Deutsche Einheit. Illusionen, Realitäten, Erfolge“ in GERBERGASSE 18 (Forum für Geschichte und Kultur, Jena), Heft 37/2005, S. 19ff

Es gab keine Siegerjustiz

... Der Kontrast konnte kaum größer sein, als Joachim Gauck, jetzt u.a. Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“, in einer sehr engagierten, persönlich gehaltenen und mit großem Beifall aufgenommenen Darstellung seine Erfahrungen, Erlebnisse in der DDR, während der friedlichen Revolution und im Einigungsprozess schilderte – auch als Replik zu Gensicke. Die Tagungsteilnehmer erfuhren, wie er „zum Realo wurde“, wie er „Mentalität und Mentalitätswandel“ seiner Landsleute studierte. Der Vergleich zum Nachkriegsdeutschland drängte sich auf. Auch in jener „Übergangsgesellschaft“ konnte man – wie nach dem Ende der DDR – hören: „Es war doch nicht alles schlecht!“

Gauck brachte das häufig geäußerte (positive) Lebensgefühl des friedlicheren, freundlicheren Zusammenlebens in der DDR-Diktatur (seine plastischen Beispiele wirkten ungeheuer belebend) auf den Nenner einer „Strategie der Unterdrückten“. Mit den Nostalgie-Shows werde eine „nachholende DDR-Identität“ erzeugt, „größer als jemals zu DDR-Zeiten“. Das habe nichts mit „ideologischer Verbohrtheit“ zu tun,

schon per Verfassung. Die USA hätten einen anderen Weg eingeschlagen, den wir nicht mitgehen. Anders als Großbritannien, Israel und Japan stehe Deutschland nicht mehr unwiderfürlich an der Seite der USA. Das habe zur Folge, dass die NATO als Bündnis zwar immer noch unverzichtbar sei, aber die Deutschen sie nicht mehr als die letztendliche Antwort auf die Sicherheitsfragen des 21. Jahrhunderts sähen. ...

(siehe Bericht Seite 20)

vielmehr suche „eine unsichere Bevölkerung sich ihres eigenen Charakters zu vergewissern“. Deshalb sei ein aufgeklärter Diskurs über den diktatorischen Charakter der DDR notwendig. Die „Delegitimierung der Diktatur“ werde von vielen (falsch) verstanden als „Delegitimierung der eigenen Lebenswege“. Dabei sei es durchaus wichtig, wer in der DDR wo und unter welchen Bedingungen aufgewachsen sei und gelebt habe; Gauck sprach bewusst über die völlig anderen Lebenserfahrungen seiner mit Gensicke etwa gleichaltrigen Söhne.

Abschließend erklärte Gauck: „eingeeübt in Gehorsam“ zu sein, sei eine wesentliche deutsche Eigenschaft. Das „Grundmuster der Partizipation in einer Diktatur“ bestünde darin: „Knie nieder, sei gehorsam und Du wirst erhöht werden“, anders formuliert „Hochkommen durch Kleinmachen“ – so hätten die Ostdeutschen 56 Jahre lang „perpetuierte Ohnmacht“ er- und gelebt.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

2-1* 13. – 14. Januar

Neue Methoden in der politikwissenschaftlichen Lehre

In Zusammenarbeit mit dem Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

3-1* 16. – 20. Januar

Krisenherd Naher und Mittlerer Osten

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

3-2 16. – 20. Januar

Professionell fragen – die Kunst des Interviews

Interviewtraining für Volontäre in Zusammenarbeit mit dem Institut für

Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung

an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

3-3 20. – 22. Januar

Zwischen Politik, Moral und Recht – Die Internationale Gerichtsbarkeit

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

4-1* 23. – 27. Januar

Nationalsozialismus – neuere Forschungen

Reflexionen zur Unterrichtspraxis

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Februar

5-3 3. – 5. Februar

Kampf um Wasser: Konflikte um ein Überlebensmittel

Leitung: Saskia Hieber/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

6-1* 6. – 8. Februar

The Changing Scene in Britain under Tony Blair

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Saskia Hieber/Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

6-2 8. – 10. Februar

Zwischen Auftrag und Existenzkrise

Forum Politische Bildung in Bayern

Leitung: Heinrich Oberreuter/Michael Schröder

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

6-3* 10. – 12. Februar

U.S. History in Continental Perspective

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien e.V.

Leitung: Saskia Hieber/Volker Depkat

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

7-1* 13. – 17. Februar

Demokratieerziehung in der Hauptschule

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Eva-Maria Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

7-2* 13. – 17. Februar

Die EU zwischen Vertiefung und Erweiterung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Piazzolo/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

7-3 17. – 19. Februar

Schulpolitik: mangelhaft? Lernen aus dem PISA-Schock

Leitung: Heinrich Oberreuter/Michael Schröder

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

8-1* 20. – 24. Februar

Der Aufstieg Asiens im 21. Jahrhundert

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

8-2* 20. – 22. Februar

Neue Mächte, neue Konflikte – internationale Beziehungen im Wandel

In Kooperation mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

März

9-1* 2. – 4. März

Karl Mannheim

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

10-1* 6. – 9. März

Schülerforum Politik

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Stefan Köppl

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

11-1* 13. – 15. März

Zwischenbilanz des Zuwanderungsgesetzes

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

11-2 17. – 19. März

„Religiöse Musikalität“ – Fundament normativer Politikorientierung?

Leitung: Heinrich Oberreuter/Miriam Wolf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

12-1* 20. – 24. März

Bayerns Weg in die Moderne – 200 Jahre bayerische Geschichte seit der Erhebung zum Königreich (1806)

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

12-4 24. – 25. März

Arbeitslosigkeit ohne Ende? – Kontroversen um die neue Arbeitsmarktpolitik

Leitung: Wolfgang Quaisser/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

13-1* 27. – 31. März

Die Gemeinde als politischer Handlungsraum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Eva-Maria Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

13-2 27. – 31. März

Auf dem Weg in die neue Bürgergesellschaft

Die Rolle des Lokaljournalisten zwischen Politik und Gesellschaft
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

13-3 28. März

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

April

13-4 31. März – 2. April

De-Industrialisierung ohne Grenzen?

Leitung: Peter Hampe/Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

14-1* 3. – 7. April

Ethikunterricht an Beruflichen Schulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Miriam Wolf/Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

14-2 3. – 7. April

Nachhaken und Durchblicken

Recherchetraining für Volontäre in Zusammenarbeit mit dem
Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung
an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

14-3 7. – 9. April

Neue Forschungen zu den Nachrichtendiensten in Deutschland

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

16-1 21. – 23. April

Sanierungsfall Sozialstaat? Konzepte der neuen Regierung in der Diskussion

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde in die Sachverständigenkommission des Sächsischen Landtages für die Neuregelung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Landtagsabgeordneten berufen und zu deren Vorsitzenden gewählt. Vor Multiplikatoren aus den USA (Politik, Justiz, Medien, Wirtschaft) referierte er über die Konstellationen vor der Bundestagswahl. Bei der Jahreskonferenz der GSA in Milwaukee sprach er zum Thema „Aus der Geschichte lernen – Wirkungen des 8. Mai 1945“, bei einer Konferenz des Deutschen-Historischen-Instituts in Moskau über „Erinnerungskultur aus politikwissenschaftlicher und zeitgeschichtlicher Sicht“. Zur Wahlanalyse trug er in Tutzing, München und Maria Laach vor, zur Parteienanalyse bei der Jahrestagung der DVPB auf Schloß Hirschberg. Beim Hilton-Talk in München referierte er über Vertrauen in der Politik, in Stuttgart war er Teilnehmer an Podiumsdiskussionen über plebiszitäre Elemente als Ergänzungen der repräsentativen Demokratie (im Rathaus) und über Zukunftsperspektiven der politischen Bildung (im Landtag).

KOLLEGIUM

PD Dr. Michael Piazo leitete eine Studienfahrt der Hochschule für Politik nach Brüssel zur EU und NATO. Anlässlich des 7. Seniorenkongresses „Eurofamilia“ sprach er in Salzburg über die Zukunft der EU-Verfassung. In Nizza referierte er über aktuelle Entwicklungen der deutschen Europapolitik.

Saskia Hieber bietet an der Münchner Universität im Wintersemester 2005/2006 die Übung „Asien zwischen sicherheitspolitischen Herausforderungen und den Grenzen der Wirtschaftsdynamik“ an.

BEIRAT

Siegfried Kett, bis Mitte 2005 Beiratsvorsitzender der Akademie, ist von Kultusminister Siegfried Schneider mit dem Bayerischen Staatspreis für Unterricht und Kultus ausgezeichnet worden.

Prälat Dr. Valentin Doering ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt worden.

Als neues Mitglied begrüßen wir **Dr. Reinhard Möstl** vom Olzog Verlag.

KURATORIUM

Der Kuratoriumsvorsitzende **Prof. Dr. Hans Maier** wurde in Königstein mit dem Eugen-Kogon-Preis 2005 ausgezeichnet. In seiner Laudatio (Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 10/2005, S. 77 - 81) würdigte der ehemalige Bürgerrechtler Jens Reich die Aktualität der Totalitarismus-Studien Maiers und dessen Wirken:

„Eugen Kogon wäre mit der Wahl Hans Maiers sicher einverstanden gewesen - gerade weil er die Drehung, die die neueste Geschichte genommen hat, nicht voraussehen konnte. Aber sein Grundgedanke, dass man dem Bösen ohne Aufgeregtheit mit der Macht der ernsthaft erfolgten Erkenntnis und Aufklärung beikommen müsse, ist aktuell. Hans Maier ist ein Mann, der aus der besten kulturellen, philosophischen, theologischen Tradition der westlichen Welt kommt und dabei bereit ist, sich auf den schwierig gewordenen Dialog zwischen den Kirchen und Religionen, zwischen den in verschiedenen Traditionen verwurzelten Kulturen einzulassen, auf einen kritischen und selbstkritischen Dialog, nicht auf ein unverbindliches Palaver als Zeitvertreib jeweils zwischen zwei Katastrophen. Er nimmt die Vergangenheit als Existenzbedingung rationalen Lebens sehr ernst und ist dabei bereit, aus ihr für die Zukunft die notwendigen Lehren zu ziehen. Wir sollten Hans Maier bei dieser Kärnerarbeit nicht allein lassen.“

Neu in das Kuratorium berufen wurden: der SPD-Landtagsabgeordnete **Peter Hufe** aus Roth sowie der Präsident der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, **Prof. Dr. Ruprecht Wimmer**.

Bestätigt wurden die Kuratoren **Prof. Dr. Gerhard Fuchs** (Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks), **Dr. Friedrich-Wilhelm Rothenpieler** (Bayerische Staatskanzlei) sowie **Renate Herrmann** (Bayerische Wirtschaft).

Ausgeschieden sind **Prof. Dr. Jürgen Gebhardt** (Universität Erlangen-Nürnberg) sowie die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion **Karin Radermacher**. Die Akademie dankt ihnen für die geleistete Arbeit.

Prof. Dr. Walter Eykmann MdL ist mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet worden.

Renate Herrmann (Geschäftsführerin der Maschinenfabrik Ludwig Hunger GmbH) hat die Bayerische Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft erhalten.